

**Niederschrift über die
Sitzung des Kreistags am 18.11.2019**

Ort: im Bürgerhaus Kernen-Rommelshausen, Stettener Str. 12 in 71394 Kernen im Remstal

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

83 Kreisrätinnen und Kreisräte: Lindenschmid (ab 14:35 Uhr), Sailer (ab 14:38 Uhr), Dr.
Nopper (ab 14:47 Uhr), Schaal (bis 16:10 Uhr)

Entschuldigt: Altenberger, Wiedmann (Freie Wähler)
Berger, Schäf (SPD)
Häfele, Payr, Dr. Weigold (FDP-FW)
Klinghoffer Gruppe Wilhelm/Klinghoffer)

Ferner: Erster Landesbeamter Dr. Zaar
Finanzdezernent Schäfer
Verkehrsdezernent Hein
Dezernent Holzwarth
Sozialdezernentin Böhm

Leitende Beamte und Angestellte
des Landkreises

Gäste

Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 16:35 Uhr

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 2

Öffentlich

§ 1

Haushaltsreden und Haushaltsanträge der Fraktionen und Gruppen zum Haushaltsplanentwurf 2020

Drucksache

Kreisrat Sczuka führt für die **CDU-Fraktion** aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
werte Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreistag,
liebe Bürgerinnen und Bürger aus dem Rems-Murr-Kreis
und werte Vertreter der Presse

Ein Kreis – Ein Ziel
Gemeinsam stark.

So sind wir von der CDU zur Kreistagswahl angetreten und ich freue mich, wieder für die stärkste Fraktion im Kreistag heute unsere Gedanken zum Haushaltsplan 2020 zu erläutern.

Der Kreishaushalt beinhaltet ein doch anspruchsvolles Themenprogramm, welches sich der Rems-Murr-Kreis in Pflicht und Kür vorgenommen hat. Herzlichen Dank für die Aufstellung dieses Zahlenwerks an alle Beteiligten und ein großer Dank an Herr Landrat Dr. Richard Sigel, Herrn Kreiskämmerer Peter Schäfer und Frau Angelika Kugler für den persönlichen Einsatz und die Erläuterungen im Rahmen unserer Haushaltsklausurtagung.

Gerne gehe ich nun auf die einzelnen Themenkomplexe ein und beginne mit dem

Verkehr/ÖPNV

Alljährlich sind die Preise in unserem Verbundgebiet ein großes Thema. Wir haben bereits durch die große Tarifreform eine enorme Preisreduzierung vorgenommen, welche die Verbundlandkreise mit einer Summe von 42 Mio. Euro mittragen. Dabei war es gerade ein Anliegen der CDU-

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 3

Öffentlich

Kreistagsfraktion mit der Reform einen konsequenten Weg zu gehen – was dann auch letztlich gelungen ist.

Wir müssen aber auch folgendes im Auge behalten: nicht nur der Preis ist wichtig, sondern auch die Qualität. Und da kommt in den nächsten Jahren noch einiges auf den Rems-Murr-Kreis zu. Einführung des 15-Minuten-Taktes und neuer S-Bahn-Züge, die sich auch auf unsere Infrastruktur, z.B. den Wiesel und die Bus-Linienbündel auswirken. Und da ist der im Alleingang und ohne vorherige Abstimmung öffentlichkeitswirksam absolvierte Vorstoß von Verkehrsminister Hermann und OB Kuhn von der Stadt Stuttgart in Sachen Stil, Inhalt und Timing vor allem Eines: Unpassend. Es zwar schön, wenn das Land Baden-Württemberg für 5 Jahre eine Mitfinanzierung verspricht, doch aus Sicht des Kreises kann es eine vom Land und der Stadt Stuttgart gewünschte Nullrunde nur dann gegeben, wenn es auch eine dauerhafte Finanzierung des Landes gibt. Wir beantragen vielmehr die Überprüfung des Verbundlastenausgleichs (Seite 280), nachdem nun der Landkreis Göppingen integriert wurde und auch weitere große Lasten anstehen und die damaligen Grundlagen im Verbundlastenausgleich sich mehr als wesentlich verändert haben.

Zu diesem Themenkomplex gehört auch das Kreisstraßenprogramm und das Radwegeprogramm des Rems-Murr-Kreises. Beides wird von der Fraktion CDU-Fraktion ausdrücklich unterstützt. Beispielhaft sei hier genannt:

Der Radweg bei Kirchberg an der Murr bis zur Kreisgrenze, dessen Gesamtkosten von € 380.000 auf € 820.000 gestiegen sind, der Kreisanteil hierbei von € 180.000 auf € 315.000. erhöht hat.

Beim Kreisstraßen-Ausbauprogramm sind in den letzten 3 Jahren hintereinander jeweils 6 Millionen Euro geflossen. Größtes Projekt im Jahr 2020 wird die K 1914 von Höfen – Bach bis Bürg sein. Wir sind im Kreis auf ein gut ausgebautes Kreisstraßennetz angewiesen. Solche Maßnahmen sind auch möglich, weil die Mittelansätze für das Kreisstraßen-Ausbauprogramm in den letzten 3 Jahren deutlich nach oben, auf jeweils 6 Millionen Euro, korrigiert wurden, wie es unsere Fraktion seit Jahren immer wieder angemahnt hat.

Abfallwirtschaft

Im Bereich der Abfallwirtschaft sind weiterhin für die nächsten zwei Jahre unseren Müllgebührenzahlern im Privatbereich hier eine konsequente Haltung schuldig und machen dies. Wir sind hier stabil. Die Steigerung im Gewerbemüll ist vertretbar und durch die getrennte Kalkulation auch nachvollziehbar. Wir beantragen hier im Sinne unseres Klimaschutzkonzepts die Überprüfung, wie der Rems-Murr-Kreis in seinen eigenen Bereichen Plastik und Müll weiter reduzieren kann. Ich denke da z.B. in den Büros oder in den Schulen an Tüten, die verwendet werden, Einwegplastik (Milch oder ähnliches). Ein großer Fortschritt heute schon, wenn man sieht, es sind unter anderem Tetrapaks oder auch kleine Milchküchlein wieder da. Solche Kleinigkeiten, da fängt es an.

Kliniken

Die Standorte der Rems-Murr-Klinik Winnenden und Schorndorf werden gut angenommen – auch von mir. Herzlichen Dank an die Klinikleitung und an den Landrat für den unermüdlichen Einsatz und zur Erreichung der Nachförderung der 70 Betten in Winnenden. Das Krankenhausdefizit konnte in den letzten Jahren kontinuierlich verringert werden und liegt prognostiziert im nächsten Jahr bei rund 13 Millionen Euro. Ziel ist die Erreichung des Defizitkorridors von 5-10.000.000 Euro bis zum Jahr 2024. Dies bedeutet, dass die Klinik ohne die Schuldverpflichtung aus den Neubauten hier ein ausgeglichenes Ergebnis erwirtschaftet und der Kreis noch die Investition dauerhaft abdecken wird – die Krankenhausstruktur ist dem Kreis dies auch Wert. Die Entwicklung der Fallzahlen im kommenden Jahr wird auf 52.638 prognostiziert und zeigt wieder eine Steigerung von der Vorjahreszahl von 50.671. Die Hardware ist das eine, die Häuser mit Leben zu füllen das andere. Wir müssen in der Konkurrenz zum Umfeld attraktiver Arbeitgeber bleiben und wir können dies steigern, indem wir auch Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Pflegekräften Wohnraum zur Verfügung stellen. Wir beantragen deshalb einen Bericht, wie dies z.B. mit der Erstellung eines Schwesternwohnheims erreicht werden könnte.

Außerdem müssen wir in der Gesundheitsversorgung transparent zu unseren Einwohnerinnen und Einwohnern bleiben. Wir beantragen deshalb, sobald die Planungs- und Investitionsvorhaben auf

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 5

Öffentlich

dem Campus Winnenden und dem Campus Schorndorf (S. 732) näher definiert sind, dies auch öffentlich darzustellen und vorzustellen.

Wir danken ausdrücklich allen Personen, die sich jeden Tag aufs Neue unermüdlich für unsere Kliniken und den Betrieb einsetzen, von den Reinigungskräften bis zu den Chefarzten, von den Bürokräften bis zur Verwaltungsspitze.

Bezahlbarer Wohnraum

Mit der Kreisbaugruppe haben wir den richtigen Partner an der Seite und sind bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gut unterwegs. Es sind in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden gute Projekte am Start, eines der größten und strahlkräftigsten Projekte wird in Kernen das Gebiet Hangweide sein.

Es ist erfreulich, dass im kommenden Jahr 2020 insgesamt 257 neue Wohnungen geschaffen werden sollen. Wir müssen aber auch daran denken, dass dies nicht die originäre Aufgabe des Rems-Murr-Kreises ist und auch der Bausektor eine große Auslastung hat.

BTHG

Fast unbemerkt ist die größte Sozialreform in der Geschichte der Bundesrepublik an den Einwohnerinnen und Einwohner in Gang gesetzt und fängt im Jahr 2020 richtig zu greifen an. Hier ist dafür zu sorgen, dass ein intensiver Austausch mit dem Land weiterhin stattfindet und möglichst über die Erstattung der Kosten eine Einigung erzielt wird. Sonst bestehen in diesem Bereich des Bundesteilhabegesetzes erhebliche finanzielle Risiken in der Zukunft und das Land ist nach dem Konnexitätsprinzip in der Pflicht hier die kommunale Seite nicht im Regen stehen zu lassen.

Wirtschaft und Tourismus

Im Jahr 2019 wurde eindrucksvoll unter Beweis gestellt, wie wichtig Wirtschafts- und Tourismusförderung des Landkreises ist. Bei der Remstal-Gartenschau, beim Jubiläum 40 Jahre Naturpark Schwäbisch-Fränkischer-Wald und bei den Heimattagen in Winnenden zeigt sich ein nachhaltiger Erfolg.

Umso wichtiger ist es bestehende Gebietskulissen weiterzugestalten und wir beantragen deshalb, dass sich der Rems-Murr-Kreis aktiv bei der LEADER-Kulisse 'Schwäbischer Wald' und Fortführung einbringt, die eine Laufzeit von 2014 – 2020 hat.

Fuhrpark

Wir freuen uns über die ersten Früchte des damaligen CDU-Antrags zum Fuhrparkmanagement. Bei diesem Thema wird es wichtig sein, immer aktuell dran zu bleiben und immer wieder genau unter die Lupe zu nehmen und die Fahrzeug-Flotte entsprechend aufzustellen und auszubauen. Wir bitten deshalb um einen Bericht über die Frage der Steigerung der Kilometerleistung um 200.000 km (S. 169) und ob dies mit Privat-PKW's oder kreiseigener Leasingfahrzeuge gefahren wird.

Bildung und Schulen

Die CDU-Kreistagsfraktion unterstützt beim Themenkomplex Bildung und Schulen ausdrücklich das Projekt 'Digitalisierung erlebbar machen' mit einem Eigenanteil von dreimal jährlich 100.000 € ab dem kommenden Jahr 2020. Die Fördermittel des Landes betragen für dieses Projekt rund 600.000 €.

Wichtig bei unseren Berufsschulzentren und Liegenschaften ist der kontinuierliche Abbau des Sanierungsrückstaus. Wir beantragen eine konkrete Aufstellung über die Entwicklung des Sanierungsrückstaus und den genauen Stand, wie z.B. bei der Fassadensanierung.

Soziales und Jugend

Ein erfreulicher Aspekt ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften, die im kommenden Jahr auf 9300 prognostiziert und damit kontinuierlich weniger geworden ist. (THH 08 31). Wir hoffen, dass sich dies verwirklicht und so bleibt.

Im Bereich Jugend ist auffallend, dass beim Schullandheim Mönchhof der Zuschussbedarf sich verdoppeln wird. Wir beantragen daher einen Bericht über die Situation beim Schullandheim Mönchhof und wie hier die weitere Entwicklung ist.

Die CDU-Kreistagsfraktion unterstützt den Ausbau der Pflegestützpunkte auf bis zu 8 Stellen und wir hoffen, dass auch hier eine zügige Besetzung der Stellen stattfinden kann.

Personal

Im Personalbereich ist positiv anzumerken, dass die Zahl der offenen Stellen von jährlich rund 140 auf 100 gesunken ist. Dadurch konnte zwar eine pauschale Personalkosteneinsparung nicht erwirtschaftet werden, wichtiger ist aber aus unserer Sicht die Reduzierung der unbesetzten Stellen und damit die Gewährleistung der Aufgabenbewältigung und die Steigerung der Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Beim Neubau an der Rötestraße ist mittlerweile an eine eigene Finanzierung des Kreises gedacht, da dann sehr günstig KfW-Mittel abgerufen und eingesetzt werden können. Dies kommt langfristig günstiger als die Bauabwicklung über die Kreisbau-Gruppe und das Anmieten des Gebäudes durch den Kreis. Die Finanzierung soll durch eine Rücklagenentnahme erfolgen, hierfür ist eine Entnahme von 16 Millionen € vorgesehen. Die Rücklage hat derzeit einen prognostizierten Stand von 20 Millionen €.

Unterstützt wird die schrittweise Einführung von Dienstkleidung, da dies die Identifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Rems-Murr-Kreis stärkt. (Seite 174).

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 8

Öffentlich

Bis die gesamte Immobilienkonzeption am Standort Waiblingen umgesetzt ist, sind noch die Gebäude Jugendamt, Alter Postplatz und Stuttgarter Straße in Betrieb und durch die Mitarbeiter genutzt. Aus Gründen des Arbeitnehmerschutzes und der Mitarbeiterfürsorge beantragen wir zu überprüfen, wie die bestehenden Räumlichkeiten so genutzt werden können, dass erträgliche Klimatisierungsbedingungen vorliegen.

Finanzen

Das Controlling beim Kreis ist mittlerweile bei den zwölf Beteiligungen gut aufgestellt. Das Rechnungsergebnis 2018 liegt bei 26 Millionen €, das voraussichtliche Rechnungsergebnis 2019 bei 11 Millionen €. Der Landrat hat den Haushalt zunächst mit einem Hebesatz von 33 vom Hundert eingebracht, dann die Umlage auf 32,5 vom Hundert gesenkt, um dann schließlich bei aktuell 32,3 vom Hundert zu liegen.

Auf Grund der aktuellen Zahlen und des zu erwartenden Rechnungsergebnisses 2019 beantragt die CDU-Kreistagsfraktion einen Hebesatz der Kreisumlage von 32 vom Hundert für das Jahr 2020.

Ferner beantragt die CDU-Kreistagsfraktion darüber abzustimmen, dass bei Schaubildern, die zur Veröffentlichung verwendet werden, künftig nicht nur der Hebesatz der Kreisumlage dargestellt wird, sondern auch die nominale Höhe.

So lässt sich vermeiden, dass in der Bevölkerung die irrige Meinung vorhanden ist, die Kreisumlage würde sinken, denn vielmehr ist sie seit Bestehen des Rems-Murr-Kreises kontinuierlich gestiegen.

Die von uns beantragte Senkung entspricht einem finanziellen Volumen von 1,99 Millionen €. Die Möglichkeit zur Finanzierung besteht z. B. über die Erhöhung des Ansatzes bei der Grunderwerbsteuer oder Rücklagenentnahme. Für die Umsetzung des Neubaus des Verwaltungsgebäudes an der Rötestraße sollen Mittel eingesetzt werden, jedoch ist der Rücklagenbestand deutlich größer. Insofern besteht hier keinerlei Kostenrisiko.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 9

Öffentlich

Die Kreisumlagen-Quote steigt kontinuierlich an und ist bedenklich. Diese gibt an, welchen Anteil die Kreisumlage an den ordentlichen Erträgen des Kreises hat. Sie betrug

2018: 39,07

2019: 41,87

2020: 42,93

Schulden und Finanzierungsleitlinie

Und hier kann ich auch überleiten zu der Finanzierungsleitlinie, die erarbeitet wurde. Wir bedanken uns hier ausdrücklich und die CDU-Kreistagsfraktion bittet hier die Überlegungen, die zwischenzeitlich gereift sind, entsprechend auch mit den Fachabteilungen der Städte und Gemeinde noch einmal zu kommunizieren. Eine Schuldenobergrenze im Kernhaushalts bei 130 Millionen € kann aus heutiger Sicht der CDU-Kreistagsfraktion eingeführt werden.

Die grundsätzliche Intention resultiert aus dem Schuldenabbau-Konzept 2011 und seither wurden 51,6 Millionen € für Investitionen und Schuldentilgung eingesetzt und somit die Aufgaben bei den Kliniken, bei der Schaffung von Wohnraum und beim Gesamtimmobilienkonzept am Standort Waiblingen eingebracht werden. Wir regen an, bei der Präambel bei den zentralen Grundsätzen mit aufzunehmen, dass die adäquate Finanzausstattung der Städte und Gemeinde als Bestandteil der Selbstverwaltungsgarantie verbleiben muss. Deshalb in unserem Antrag die Positionen dazu, die nun die Kreisverwaltung noch einmal in die Überarbeitung der Finanzierungsleitlinie mitnehmen kann. Wir müssen immer daran denken, dass es hier verfassungsrechtliche Garantien gibt und in Bayern hier ein Landkreis schon einmal leidvolle Erfahrung vor dem Verwaltungsgerichtshof gemacht hat.

Zum Schluss bleibt festzustellen, die wirtschaftliche Lage scheint auch 2020 noch gut zu sein, aber es kommen schwierigere Zeiten auf uns zu.

Mein Dank gilt zu aller erst Herrn Landrat Dr. Richard Sigel für den fairen Umgang miteinander und die wirklich vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 10

Öffentlich

Ebenso gilt der Dank Herrn Schäfer und Frau Kugler mit allen, die an der Aufstellung dieses Haushaltplans beteiligt waren.

Dank auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch in den Beteiligungsunternehmen AWRM, Klink gGmbH und Kreisbaugruppe.

Wir wünschen nun den Beratungen in den Ausschüssen ein gutes Gelingen.“

Kreisrat Friedrich legt für die **Fraktion der Freien Wähler** dar:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
sehr geehrter Herr Finanzdezernent Schäfer,
werte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,
verehrte Zuhörer und Gäste,

man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass wir uns möglicherweise am Ende einer fast zehn Jahre langwährenden Boomphase befinden. In all den Jahren eilten wir gemeinsam von Rekord zu Rekord und die konservativ gewählten Ansätze im Rahmen der Haushaltsplanung wurden stets bei Weitem übertroffen. Ob das so bleibt, wird sich weisen.

Die großen Handelskonflikte und das Unvermögen, die Konsequenzen des Brexits möglichst abzufedern, machen auch vor der Bundesrepublik Deutschland und unserer exportorientierten Wirtschaft nicht Halt.

Zudem stehen große Veränderungen, insbesondere im Bereich der Mobilität an. Von diesen Veränderungen ist Baden-Württemberg als Heimat des Automobils und Geburtsland von Gottlieb Daimler und Carl Benz besonders betroffen. Die Frage, wie viele Menschen künftig in der Automobilindustrie und in den Zulieferbetrieben arbeiten, muss uns beschäftigen. Denn den florierenden Unternehmen haben wir unseren Wohlstand und unseren sozialen Frieden zu verdanken.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 11

Öffentlich

Dies gilt exemplarisch für die Entwicklung der Sozialhilfe, die im Ansatz für das Jahr 2020 mit 123,3 Millionen Euro um 14,7 Millionen Euro oder 13,5 % höher ausfällt als im Rechnungsergebnis 2018. Allein die Aufwendungen im Bereich 'Soziales und Jugend sowie der Besonderen Hilfen' inklusive der entsprechenden Personalaufwendungen betragen mittlerweile 339 Millionen Euro bzw. 67 % der gesamten Aufwendungen im Ergebnishaushalt. Diese Entwicklung hat wohlgerne in der Boomphase stattgefunden. Wir fragen uns, wohin sich diese Zahlen zukünftig erst entwickeln, wenn Konjunktur und Beschäftigung einmal wieder in eine andere Richtung zeigen sollten. Denn schließlich bestreiten wir aus den laufenden Steuereinnahmen, Finanzaufweisungen und Umlagen die Ausgaben für die Bereitstellung unserer Infrastruktur.

Der Landkreis und die Kommunen haben in den letzten Jahren die stetig steigenden Ausgaben für die sozialen Leistungen hauptsächlich tragen dürfen. Das Land und der Bund lassen uns bei der Finanzierung allzu oft im Regen stehen. Das Scheitern der Verhandlungen im Rahmen der gemeinsamen Finanzkommission hat dies wieder einmal eindrucksvoll verdeutlicht. Wir haben als Landkreis deshalb darauf zu achten, dass das Wachstum der laufenden Ausgaben und der notwendigen Einnahmen nicht auseinanderläuft und auch ausreichend Haushaltsmittel verbleiben, um die daraus notwendigen Investitionen zu finanzieren.

'Sparmaßnahmen muss man ergreifen, wenn man viel Geld verdient. Sobald man in den roten Zahlen ist, ist es zu spät.'

Dies wusste bereits der US-amerikanische Öl-Tycoon, Industrielle und Kunstmäzen Jean Paul Getty, der es zu Lebzeiten immerhin zur reichsten Person der Welt gebracht hat. Und auch wenn er seinen Reichtum mit Öl finanzierte, war er doch ein kluger Mensch in Sachen Finanzen.

Meine Damen und Herren,

die gute Entwicklung hat uns in den vergangenen Jahren etliche Vorhaben und Projekte umsetzen lassen. Wie sonst wäre es beispielsweise möglich gewesen, die große Tarifzonenreform im ÖPNV anzupacken, den Ansatz für die Investitionen bei Straßen und Radwegen auf jährlich 6 Millionen Euro zu verdoppeln und gleichzeitig in die Wohnraumoffensive sowie in das Gesamtimmobilienkon-

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 12

Öffentlich

zept am Standort Waiblingen einzusteigen und gleichzeitig die Verschuldung im Kernhaushalt des Landkreises wesentlich zu verringern? Zum Jahresende 2019 wird der Schuldenstand des Rems-Murr-Kreises auf einem Tiefstand von voraussichtlich 30,6 Millionen Euro sinken. Die Rücklage hat sich im Kernhaushalt gleichzeitig auf mehr als 16 Millionen Euro wesentlich erhöht. Werte Kolleginnen und Kollegen, darauf können wir gemeinsam stolz sein.

Können Staat und Kommunen also unbesorgt in die Zukunft blicken und darauf vertrauen, dass es einfach so weitergeht? Keineswegs! Denn zu den bestehenden Herausforderungen und Hausaufgaben, die Staat, Politik, Wirtschaft und Bevölkerung noch zu machen haben, gesellen sich weitere neue Risiken, die man aber durchaus auch als Chance sehen kann. Es gibt zum einen den technologischen Wandel in der Wirtschaft, der gerade die beiden treibenden Branchen im Südwesten – die Automobilindustrie und den Maschinenbau – betrifft. In der Automobilindustrie geht der Trend weg vom Verbrennungsmotor hin zum batteriebetriebenen Elektrofahrzeug oder zu anderen alternativen Antrieben. Für einige Beschäftigte wird sich der Arbeitsplatz ändern, einhergehend mit Um- und Nachqualifizierungen. Dies bei einem in allen Branchen konstatierten Fachkräftemangel und fehlendem Nachwuchs, der durch Zuzug nur teilweise zu kompensieren ist.

In den Fabriken zieht die vernetzte Produktion ein. Industrie 4.0 und Digitalisierung sind die Schlagworte. Mit dem von der Gigabit Region Stuttgart gemeinsam initiierten Projekt mit den Landkreisen und der Deutschen Telekom sowie dem neu gegründeten Zweckverband Breitbandausbau Rems-Murr-Kreis befinden wir uns hierbei bereits auf einem guten Weg. Gerade unser Kreismedienzentrum wird vor diesem Hintergrund in den kommenden Jahren sicherlich an Bedeutung gewinnen. So wird es bei der Hilfestellung für die Erarbeitung von Medienentwicklungsplänen, die im Rahmen des Digitalpakts Schule notwendig sind, als Ansprechpartner dienen oder auch bei der Umsetzung des Projekts 'Mobile Experimentierstationen' gefragt sein. Dieses Projekt wird im Wesentlichen durch Unternehmen aus dem Landkreis gesponsert, wofür wir sehr dankbar sind!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir Freien Wähler meinen, dass der Landkreis in seinem Haushaltsentwurf grundsätzlich diese Herausforderungen berücksichtigt und die wesentlichen Entscheidungen in die richtige Richtung gehen, wengleich wir doch an einigen Stellen etwas Wasser in den Wein gießen müssen.

Hierbei ist aus unserer Sicht zum einen die Kreisumlage zu nennen. Mit 32,3 % entspricht sie zwar prozentual dem tiefsten Stand seit dem Jahre 1996, steigt aber in absoluten Zahlen in ihrem Aufkommen weiter an. Zur Wahrheit gehört auch, dass wir zwar erfreulicherweise die rote Laterne beim landesweiten Kreisumlage-Hebesatz abgegeben haben, der Rems-Murr-Kreis aber nach wie vor im oberen Drittel mitspielt bzw. sich sinnbildlich auf den unteren Rängen im Sport befindet. Verglichen mit der Fußball Bundesliga wären wir in etwa der FC Schalke 04: Wir verlangen hohe Eintrittspreise, zeigen aber nur zeitweise ein schönes Spiel. Immerhin geht die Entwicklung in die richtige Richtung, bis zur Champions-League wird es aber noch ein weiter Weg sein. Als langjährigen Leistungssportler wissen wir unseren Landrat hierbei an unserer Seite.

Wir stellen deshalb den Antrag, die Kreisumlage für den kommenden Haushalt auf 32,0 % festzusetzen. Gleichzeitig stellen wir den Antrag, den Haushaltsansatz für die Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer um 1,0 Millionen Euro auf 29,5 Millionen Euro zu erhöhen. Mit den bereits eingetretenen weiteren Verbesserungen bei den Finanz- und Schlüsselzuweisungen können wir damit eine entsprechende Gegenfinanzierung darstellen. Diesen Kreisumlagehebesatz erachten wir für mehr als ausreichend, um die Investitionsschwerpunkte Straßen und Radwege, sozialen Wohnungsbau, den Einstieg und die Fortsetzung des Gesamtimmobilienkonzepts entsprechend umsetzen zu können. Und ich möchte betonen: Wir stehen hier hinter der Agenda unseres Landrates und unterstützen ihn bei der Umsetzung dieser Themen.

Dies gilt genauso für unsere Anstrengungen, im Bereich des Klimaschutzes noch aktiver zu werden. Die von Landrat Dr. Sigel ins Auge gefasste Klimaneutralität der Landkreisverwaltung, der Kreisbau-gruppe und der AWRM bis ins Jahre 2030 stellt uns dabei vor große, aber auch berechtigte Aufgaben. Dabei ist uns Freien Wählern wichtig, die zur Verfügung stehenden Mittel effektiv und effizient einzusetzen. Wir stellen deshalb den Antrag: Die Landkreisverwaltung wird dem Kreistag Bericht erstatten, in welchem Zeitraum sich die Gebäudesanierungen bzw. die energetischen Sanierungsmaßnahmen der kommenden Jahre amortisieren. Wie verhält sich die CO2-Bilanz der jeweiligen Vorhaben? Es ist vor diesem Hintergrund eine Prioritätenliste zu erarbeiten und es wird um Überprüfung der bisherigen Vorgehensweise gebeten.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 14

Öffentlich

Zu den Anstrengungen im Bereich des Klimaschutzes zählt für uns auch die Verbesserung der Mobilität für Radfahrende. Wir unterstützen den geplanten Radschnellweg im Remstal sowie die Einrichtung eines entsprechenden Pendants ins MurrtaI. Gleichzeitig ist auch der Schwäbische Wald vernünftig für Radfahrerinnen und Radfahrer zu erschließen. Wir stehen deshalb hinter der Forderung des ADFC, eine durchgängige Verbindung von Winnenden bis nach Althütte zu errichten und bitten hier um aktive Unterstützung der Fachstelle, wenn es darum geht, das Land Baden-Württemberg als wesentlichen Baulastträger für diese Maßnahmen zu gewinnen.

Im Bereich des ÖPNV sind wir mit der großen Tarifzonenreform bereits ein gutes Stück vorangekommen. Jahr für Jahr leisten wir mehr als eine Million an zusätzlichen Fahrtenkilometer und unser Eigenanteil als Landkreis beim ÖPNV ist infolgedessen um mehr als 5 Millionen Euro gegenüber dem Jahre 2018 angestiegen.

Unwürdig ist für uns die Politposse unseres Verkehrsministers Winfried Hermann, der vollmundig über die Presse erklären lässt, dass der VVS von Tarifsteigerungen in den kommenden Jahren absehen möge. Denn gleichzeitig sinken übrigens im Zuge der Tarifzonenreform die Landesbeteiligungen Jahr für Jahr und erhöhen somit das kommunale Defizit.

Um es nochmals allen zu verdeutlichen: Bei Ausbleiben einer Tarifierhöhung entsteht eine Bugwelle, die die Landkreise und somit die Kommunen tragen müssen, trotz Mitfinanzierung des Landes, denn es wird sich wieder zurückziehen, weil Zuschüsse schon aus rechtlichen Gründen nicht in Stein gemeißelt sein können.

Beim Angebot des Landes handelt es sich also um nichts Anderes als um 'ein süßes Gift der Versuchung', um hier den Landrat a.D., Regionalrat und Verkehrsexperten Bernhard Maier zu zitieren. Wenn das Land so ein Angebot macht, muss es auch dauerhaft mitfinanzieren, sonst stehen die Kommunen mit der Bugwelle schlussendlich alleine da.

Wir danken deshalb Herrn Landrat Dr. Sigel für seine klare Positionierung, die zwar vielleicht nicht populär sein mag, aber durchaus realistisch ist. Denn angesichts der sich eintrübenden Konjunktur ist die Zeit für Wahlgeschenke und Freibier definitiv nicht gegeben. Im Gegensatz zur 'GroKo', also der großen Koalition, die manchmal aber nur Politik macht, die eher als 'klein-klein' empfunden

wird, sollten wir auf nicht langfristig durchfinanzierte Wahlgeschenke verzichten. Der Antrag der SPD zur Einführung eines 365 Euro-Tickets ist geradezu ein Paradebeispiel hierfür. Für uns Freie Wähler hat jedenfalls die Behandlung von Problemen und die Finanzierung von Investitionen in die Infrastruktur vorrangig zu erfolgen, bevor weitere dauerhafte Fehlbeträge in Millionenhöhe beschlossen werden.

Meine Damen und Herren,

wir Freien Wähler weisen seit Jahren auf die in vielen Bereichen fehlende Unterstützung durch das Land Baden-Württemberg hin. Das fehlende Verständnis für die kommunale Familie haben wir bereits an vielen Stellen erfahren dürfen, sei es beim neuen Bundesteilhabegesetz, sei es bei der noch immer nicht rechtlich auf sicheren Füßen gestellten Spitzabrechnung zur Kostenerstattung für Flüchtlinge und Asylbewerber oder sei es wie erst zuletzt bei der gescheiterten gemeinsamen Finanzkommission des Landes.

Wir sehen uns darin bestätigt, wenn wir immer wieder darauf hinweisen, wie uns hier Jahr für Jahr Millionenbeträge vorenthalten werden. So darf man sich auch nicht wundern, wenn die Wahlergebnisse für die politischen Mitbewerber seit Jahren sinken. Denn die Bürgerinnen und Bürger sind mündig und merken dies.

Wir fühlen uns jedenfalls durch die Kommunalwahlen im Mai, die uns erstmals zur zweitstärksten Fraktion im Landkreis werden hat lassen, als einzige parteilose Wählervereinigung deutlich bestätigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich zuletzt noch zwei Themen beleuchten: zum einen die Situation in unseren Kliniken, zum anderen den Vorschlag des Landkreises bezüglich den neuen Finanzierungsleitlinien. Mit Wohlwollen haben wir gemeinsam die Nachförderung der Planbetten am Rems-Murr-Klinikum in Winnenden vernommen. Für Ihren großen persönlichen Einsatz sind wir Ihnen, sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel, sehr dankbar. Gleichzeitig sehen wir am Horizont die Risiken, die sich durch die Auswirkungen des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes bereits abzeichnen. Die Gesetzesnovellie-

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 16

Öffentlich

rung kann für uns eine Verschlechterung von bis zu maximal 3,8 Millionen Euro für das Jahr 2020 bedeuten, ein weiteres Beispiel für die fehlende Konnexität in unserem Land.

Dankbar registrieren wir zudem das sinkende Defizit, das jährlich von unseren Kliniken verursacht wird und durch den Landkreis als Träger zu kompensieren ist. Dies entlastet unseren Kreishaushalt und trägt damit direkt u.a. zu den Ergebnisverbesserungen bei.

Zur Wahrheit gehört aber auch dazu, dass die Ergebnisverbesserungen in den vergangenen Jahren nur teilweise durch eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung entstanden sind. Wir wollten mit unserem Antrag aus dem Jahr 2017 zur Einführung von Finanzierungsleitlinien sicherstellen, dass nicht im Entferntesten der Eindruck entstehen kann, dass durch überzogene Ansätze im Rahmen der Haushaltsplanung Jahr für Jahr deutlich zu hohe Kreisumlagehebesätze beschlossen werden.

Derzeit besteht hinsichtlich des Entwurfs noch ein gewisser Beratungsbedarf. Wir danken deshalb der Kreisverwaltung für den Vorschlag, in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit den Städten und Gemeinden die Finanzierungsleitlinien zur Diskussion zu stellen und hier nach Möglichkeit eine konsensuale Lösung anzustreben.

Wir Freien Wähler schätzen es und wir sehen es mit Wohlwollen, dass Sie, sehr geehrter Herr Landrat, mit Ihrem Team hart dafür arbeiten, in Ihrem Haus die Kreisaufgaben transparent und effizient zu erfüllen. Ein Dankeschön von uns allen geht auch an den neuen Kreiskämmerer Peter Schäfer mit seinem gesamten Team, der seine Feuertaufe mit Bravour bewältigt hat.

Wir halten einen Kreisumlagehebesatz von 32,0 % für auskömmlich und stimmen dem Haushalt 2020 zu. Herzlichen Dank!“

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 17

Öffentlich

Kreisrätin Besa nimmt die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** wie folgt Stellung:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Gäste,

wussten Sie, dass Jakarta die am schnellsten sinkende Stadt der Welt ist? Sie sinkt derzeit um ca. 25 cm/Jahr. Die Regierung Jakartas verlegt ihre Hauptstadt nun nach Borneo.

Die Existenz eines weiteren Teils des Regenwaldes und vieler Tierarten stehen auf dem Spiel. Auch in anderen Regionen der Welt verlieren Millionen Menschen ihre Lebensgrundlage. Der Klimawandel bedeutet für viele Menschen den Verlust von Heimat und ihrer Existenz.

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel, wir freuen uns daher, dass Sie den Klimaschutz zu einem Schwerpunktthema im Haushalt 2020 gemacht haben.

Unser politisches Handeln muss Vorbild sein - verantwortungsvoll, zukunftsfähig und nachhaltig.

Klimaschutz

Wir können auch als Kreistag vor der Klimakrise nicht weglaufen – wir müssen handeln. Von der Basis aus. Klimaschutz funktioniert nur system- und hoffentlich auch fraktionsübergreifend. Der Rems-Murr-Kreis hat hier schon in vielen Bereichen gute Arbeit geleistet. Wir haben mit dem 3. Handlungsprogramm Klimaschutz klare Ziele benannt – mit einem Volumen von 4,6 Mio. Euro für 2019 – 2022.

Alle Dezernate im Landratsamt sind hier gefordert, dezernatsübergreifend und zeitnah die Projekte auf den Weg zu bringen, und damit den CO₂-Ausstoss deutlich zu verringern.

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist ausdrücklich erwünscht. So z.B. beim Ideenwettbewerb Klimaschutz. Klimaschutz zum Mitmachen für alle. Das ist eine tolle Sache – so werden wir als Rems-Murr-Kreis auch bei den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen.

Der Rems-Murr-Spirit wurde auch bei der erst vor kurzem zu Ende gegangenen Remstal-Gartenschau sichtbar. Mit Blühflächen und Renaturierungsmaßnahmen hat sich der Rems-Murr-

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 18

Öffentlich

Kreis hier stark eingebracht. Damit der Natur- und Artenschutz im Rems-Murr-Kreis keine Nebensache bleibt.

Auch wir als Kreistag sollten in Sachen Umwelt- und Klimaschutz als gutes Vorbild vorangehen. Wir beantragen daher, in allen Sitzungen weitestgehend auf Plastikmüll zu verzichten, und die Anreise zu Terminen mit dem Rad attraktiver zu gestalten.

Radfahren

Über den Remstal- Radweg können nun die Kommunen des Remstals über 106 km durchgängig per Rad erkundet werden. Dies sollte auf lange Sicht auch für den Radverkehr im ganzen Kreis möglich sein.

Unser Dezernat 3 unter der Leitung von Herrn Hein ist hier gefordert.

Radfahren ist der Trend. Es bietet die Möglichkeit, sowohl in sportlicher Weise längere Strecken zu überwinden, als auch kürzere Strecken im Ort zurückzulegen.

Mit dem Rad können Wege zur Bahn überbrückt werden. Der Bedarf an gut ausgebauten Radwegen steigt definitiv. Und damit auch die Nachfrage nach Entleih- und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder. Wir beantragen daher den Ausbau der Fahrrad-Ausleihstationen im Kreis.

Die Radwegkoordinatorin Frau Fischer erhält mit dem Stellenplan 2020 personelle Verstärkung. Wir freuen uns drauf, was mit Blick auf den Ausbau der Radwege im Rems-Murr-Kreis noch möglich sein wird. Hier bietet sich uns eine Riesenchance zur effektiven Vermeidung von CO² – nicht nur im touristischen Bereich.

Die Mobilität der Zukunft gelingt nur mit einem miteinander sich sinnvoll ergänzender Transport- und Fortbewegungsmittel. Es ist an der Zeit, dass wir das Fahrrad als Verkehrsmittel ernst nehmen. Mit den aktuellen Elektrorädern gibt es eigentlich keine Ausrede mehr für eine Nicht-Nutzung.

ÖPNV Bus

Für die Umwelt müssen wir außerdem zwingend auf einen funktionierenden ÖPNV für die Menschen im Rems-Murr-Kreis setzen – dies gilt für Bus und Bahn. Mit unserem ersten Landesbeamten Herrn Dr. Zaar haben wir im Landkreis einen engagierten Verfechter für den ÖPNV.

Der ÖPNV gehört unbestritten zur Daseinsfürsorge.

Hilfreich für einen guten Umstieg ist eine intelligente Vernetzung der Verkehrsmittel. Busse, die fahren, wenn man sie braucht. Bahnen die pünktlich sind, und Fahrräder, die zur Weiterfahrt zur Verfügung stehen. Das Angebot muss den Anforderungen entsprechend ausgebaut werden. Dies gilt im Besonderen auch für einen verlässlichen Busverkehr für die Schülerinnen und Schüler des Kreises. Sichtlich gibt es nicht nur zum Engelberg Probleme mit dem Busverkehr.

Daher bitten wir die Verwaltung hier um eine Evaluierung in Sachen Pünktlichkeit und Auslastung der Busverkehre für Schülerinnen und Schüler.

ÖPNV VVS

Die VVS-Tarifzonenreform zeigt bereits im ersten Jahr erfreuliche Fahrgastzuwächse. Der Kreis hat sich finanziell und mit viel Engagement eingebracht. Daher ist es für uns Grüne im Kreis unverständlich, dass die vier Verbundlandkreise das Angebot des Verkehrsministeriums ausgeschlagen haben, eine Nullrunde mitzufinanzieren. Von einer Nullrunde, die von den Landkreisen gemeinsam geschultert werden kann, profitieren die Bürger*innen aller Gemeinden des Rems-Murr-Kreises und auch das Klima! Wer hier nur auf seinen eigenen Kirchturm schaut, hat den Ernst der Situation nicht erkannt, oder ignoriert ihn. Klimaschutz fordert die Solidarität und das Bemühen Aller.

Wir fordern daher die Verantwortlichen im Landratsamt auf, ganz speziell auch Sie Herr Landrat Dr. Sigel, sich für eine Nullrunde im VVS einzusetzen und noch einmal mit den beteiligten Landkreisen, der Stadt Stuttgart und dem Land in Verhandlungen zu gehen. Die aktuell im Raum stehenden 700.000,- Euro sind gut eingesetztes Geld für die Umwelt und machen gerade mal 0,1% der Kreisumlage aus.

Bauen

Weniger Autos, mehr öffentlicher Raum, mehr Platz für Menschen. Mit der Bebauung der Hangweide bietet sich uns eine einmalige Möglichkeit, ein Vorzeigeprojekt im Rems-Murr-Kreis umzusetzen. Als Projekt der IBA 27 – können wir ein Musterbeispiel schaffen, wie bezahlbarer Wohnraum ökologisch und klimaneutral errichtet werden kann. Mit 70.000 qm geplanter Wohnfläche kann unsere Kreisbaugruppe hier Raum für 1200 Menschen schaffen. Hier ist viel Fingerspitzengefühl bei den Verantwortlichen der Kreisbaugruppe gefragt, den Spagat zwischen sozialer Verantwortung und attraktivem Wohnungsbau zu schaffen. Die Hangweide muss ein nachhaltiges Wohngebiet werden. Ein autofreies Gebiet, gut an den ÖPNV angebunden und mit Regio-Rad-Stationen.

Die in dieser Größe einmalige Fläche für ein Wohnbauprojekt im Kreis ist ein großer Schatz und eine Chance für den Kreis und die Gemeinde Kernen. Möge sie gelingen.

Die Kreisbaugruppe sorgt mit einem außerordentlichen Engagement für Wohnungen in den Kommunen des Kreises. Herzlichen Dank dafür an unsere Geschäftsführer die Dirk Braune und Steffen Krahn.

Ein Landkreis, der sich ein Wohnbauunternehmen leistet und Kapital zur Verfügung stellt, für den Bau von bezahlbarem Wohnraum, das ist ein klares Alleinstellungsmerkmal des Rems-Murr-Kreises. 85 Mitarbeitende bei der Kreisbaugruppe stehen täglich mit ihren Ideen und ihrem Engagement dafür, dass die Zielvorgabe 500 neue bezahlbare Wohnungen bis 2028 umgesetzt wird. Gleichzeitig unterhalten die Mitarbeitenden der RMIM auch noch unsere kreiseigenen Liegenschaften. Liebe Frau Lorenzen, herzlichen Dank an Sie und ihr Team für Ihren engagierten Einsatz.

Soziales

Das größte Dezernat in unserem Kreishaus, mit 750 Mitarbeitenden, wird von Frau Stefanie Böhm geführt. 1/3 des Haushaltsvolumens des Kreises, ca. 170 Mio., investiert der Kreis in die Hilfe für Menschen in sozialen Notlagen, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Pflegebedarf, Langzeitarbeitslose oder auch in die Jugendhilfe.

Die gesetzlichen Grundlagen werden uns vom Bund vorgegeben, die finanziellen Konsequenzen oft aber nicht adäquat vom Bund erstattet. So hängen wir gerade auch mit der Einführung des Bundes-
teilhabegesetzes in der Luft. Nicht inhaltlich, denn unser Kreissozialamt beteiligt sich intensiv mit einem Modellprojekt an der Umsetzung des BTHG, federführend hier Frau Böhm und Herr Leonhardt, der größten Sozialrechtsreform im Bund.

Die durch das BTHG personenzentrierte Hilfestellung soll über ein neu einzuführendes Bedarfs-
ermittlungsverfahren erfolgen. Für alle Beteiligten ist hier eine Mammutaufgabe zu bewältigen, der auch einen Personalzuwachs von weit über 20 Personalstellen zur Folge hat.

In der Luft hängt der Kreis bei diesem Projekt tatsächlich finanziell. Die Umsetzung soll nun erfol-
gen, aber es ist immer noch nicht klar, welche Gelder von Bund und Land zu erwarten sind. Warum
sind dafür keine Risiko-Beträge im Haushalt eingestellt?

In einem Unternehmen der freien Wirtschaft wäre eine solche Vorgehensweise nicht abbildbar.
Daher beantragen wir einen Vorsorgebetrag BTHG Risiken in den Haushalt einzustellen. Wir setzen
hier einen Vorsorgebetrag in Höhe von 5% der bisherigen Transferleistungen (ca. 78 Mio.) für min-
destens 9 Monate an. Somit ergeben sich in 2020 zusätzliche Aufwendungen von 3 Mio. Euro, was
einer Anhebung der Kreisumlage von ca. 0,5% entspricht.

Klinik

Auch bei den Kliniken steht ein zusätzliches Haushaltsrisiko mit dem Personalpflegegesetz i. H. v.
3,8 Mio. im Raum. Derzeit ist nur ein Risikopuffer von 2,8 Mio. eingeplant. Und der Rest?

Abgesehen davon ist die Entwicklung bei den Rems-Murr-Kliniken sehr erfreulich. Geschäftsführer
Dr. Nickel und die 2100 Mitarbeitenden der Kliniken haben dazu beigetragen, dass wir mittlerweile
eine ausgezeichnete medizinische Versorgung auf Spitzenniveau in unseren Kliniken in Winnenden
und Schorndorf erreicht haben. Die Medizinkonzeption wirkt. Das Sozialministerium hat die Siche-
rung der beiden Standorte zugesagt. Die Modernisierung in Schorndorf kann starten und die Plan-
betten-aufstockung in Winnenden trägt erheblich zur Reduzierung der Defizite der Kliniken bei.

Digitalisierung

Ob nun Klinik, Kreisbaugruppe oder Landratsamt -die zunehmende Durchdringung all unserer Lebensbereiche durch digitale Medien ist ein Megatrend und verändert zunehmend auch den Bereich der Verwaltung.

Ein ganzheitliches Digitalisierungskonzept ist auch gerade an Beruflichen Schulen unerlässlich. Daher ist es sehr zu begrüßen, dass der Schulträger Rems-Murr-Kreis im Rahmen des 'Bundesländer Digitalpakts' die Einführung einer IT-Konzeption verfolgt. Der Leitgedanke 'Technik folgt der Pädagogik' liegt der Grünen Kreistagsfraktion dabei sehr am Herzen.

Wer echte Begeisterung im Bereich Digitalisierung erleben möchte, dem empfehle ich einen Besuch in unserem Kreismedienzentrum. Das Team um den Leiter Ralf Nentwich sprüht nur so vor Begeisterung ihr Wissen weitergeben zu können.

Auch wir Kreisrät*innen stellen uns seit Mitte des Jahres den Herausforderungen der Digitalisierung. Mit Hilfe von Frau Thamm organisieren wir uns auf unseren I-Pads und schaffen mittlerweile jede Sitzung fast ganz ohne Papier. Auf diesem Wege herzlichen Dank an die Kreistagsgeschäftsstelle, die sich unermüdlich um unsere digitalen Probleme kümmert.

Personal

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Vorbereitung zu dieser Rede ist mir erst wieder einmal bewusst geworden wie viele Themen hier im Kreis bearbeitet und umgesetzt werden. Längst kann ich nicht alle Themen ansprechen. Wer erledigt diese Arbeit denn eigentlich?

Über 1700 Menschen sind für den Kreis in unseren 5 Dezernaten, und den dem Landrat zugeordneten Stabsstellen, 5 Tage die Woche für den Landkreis im Einsatz. Manche ab und an auch etwas mehr, wie an den Überstunden im Personalbericht zu sehen ist.

Die Mitarbeitenden des Landratsamtes setzen die Themen um, die wir fordern, oder die zu den kommunalen Pflichtaufgaben gehören. Die Personalkosten mit 83 Millionen sind somit eine nachhaltige Investition.

Einen Wunsch möchte ich noch gerne äußern – es ist ja bald Weihnachten: Ein höherer Frauenanteil im Bereich der Dezernats- und Amtsleitungen wäre doch sehr zu begrüßen.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 23

Öffentlich

Eine zukunftsfähige Verwaltung benötigt gute Arbeitsbedingungen. Um diese im Neubau in der Rötestraße und am Alten Postplatz zukünftig anbieten zu können sind hohe Investitionen in den nächsten Jahren notwendig.

Der Kreis selbst hat keine Einnahmen. Daher ist er auf die Kreisumlage angewiesen. Wenn es den Kommunen gut geht, sollte es auch dem Kreis ermöglicht werden seine Pflichtaufgaben und die zusätzlichen wichtigen Themen umzusetzen.

Wir beantragen daher eine Erhöhung der Kreisumlage um 0,6% auf 32,9%. Zur Sicherung des Vorsorgebetrags BTHG und für eine Nullrunde – also keine Preiserhöhung - 2020 beim VVS.

Wir Grünen bedanken uns bei der Verwaltung für die Einbringung der neuen Finanzierungsleitlinie, die die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wie von Ihnen vorgetragen mitträgt.

Verbindlichkeit statt Zufälligkeit ist hier die Devise: eine klare und verlässliche Richtlinie schränkt uns Kreisrät*innen in unserer Entscheidungsfähigkeit nicht ein, sondern gibt die Verlässlichkeit, dass wir den Schuldenabbau in finanziell guten und schlechten Zeiten ernst meinen.

Zum Ende meiner Redezeit möchte ich Danke sagen.

Danke an die Personalabteilung, die große Ziele für 2020 in Sachen Stellenbesetzungen angepeilt hat.

Danke an unseren Finanzdezernenten Herrn Schäfer und unsere Leiterin im Amt für Finanzen Frau Kugler, stellvertretend für all die Menschen, die dieses Riesenwerk Haushalt 2020 erarbeitet haben und verantworten.

Danke an alle Mitarbeitenden für ihre tägliche gute Arbeit für den Landkreis.

Und Danke an Sie Herr Dr. Sigel, der gefühlt dauernd irgendwo im Kreis, für den Kreis und im Kreis unterwegs ist.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!"

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 24

Öffentlich

Kreisrat Riedel führt für die **SPD-Fraktion** aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat,
meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste,

Landauf, landab tönt es im Remstal: 'Es war ein tolles Jahr!'. Ja, die Remstalgartenschau war ein großer Erfolg, ein unvergessliches Erlebnis und hat mit vielen interessanten Begegnungen ein 'Wirkgefühl' entstehen lassen. Wenn wir heute nun über den Haushaltsentwurf des Kreises für 2020 sprechen, muss jedoch gesagt werden, dass vieles ohne die gut gefüllten kommunalen Kassen nicht möglich gewesen wäre. Das könnte sich ändern, und schon rücken so manche OBs und BMs wieder einmal die Kreisumlage in den Mittelpunkt aller Diskussionen. Wenn Sie, Herr Dr. Nopper, von jahrelangen Trickereien der Verwaltungsspitze sprechen, dann hätten Sie diese aber längst stoppen können, ja müssen - das wäre dann Ihre Aufgabe gewesen. Im Übrigen liegt ein vernünftiger Vorschlag der Verwaltung längst auf dem Tisch. Es ist doch eine Binsenweisheit, dass wir bei der Kreisumlage nicht einfach nur auf die Prozentzahlen schauen, natürlich schauen wir auch auf die absoluten Zahlen, das ist doch ganz klar. Zur Aufgabenerfüllung benötigt der Kreis nun mal angemessene Mittel. Dies ist den Strukturen geschuldet und nicht irgendeiner Beliebigkeit. Herr Dr. Nopper, die Kreisumlage ist immer dann in absoluten Zahlen höher, wenn es den Kommunen gut geht. Bei allem Respekt habe auch ich ein bisschen kommunalpolitische Erfahrung. Nahezu alles, was vom Kreis geleistet wird, sind Leistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger im ganzen Landkreis und damit auch für alle Kommunen. Seien es Sozialleistungen, Straßensanierungen, Müllentsorgung, ÖPNV-Förderung und vieles mehr. Alles ist zugleich auch eine kommunale Förderung. Damit es auch mal klar und deutlich gesagt wird: jede Straße die erneuert wird, dient auch den Kommunen und der Wirtschaftskraft hier im Kreis! Wer die Kreisumlage senken möchte, muss also immer auch sagen, auf was er konkret verzichten möchte. Machen wir's konkreter anhand einiger Themenfelder:

Haushaltsüberschüsse

Die Frage ist nicht, ob es sie geben darf, sondern was machen wir mit ihnen. Dahinter steht natürlich immer auch die Frage, wie realistisch sind die Haushaltsplanungen. Dies gilt für den Landkreis und für jeden kommunalen Haushalt. Wir wissen doch, dass es auch in den Kommunen zu Haus-

haltsüberschüssen und zu Haushaltsresten kommt. Das ist auch teilweise den Strukturen und auch einer groben Haushaltsplanung geschuldet. Dies ist nun mal so und damit müssen wir leben. Wir müssen uns nur immer die Frage stellen, was wir mit den Überschüssen machen. Wir machen konkrete Vorschläge, wie wir mit den Überschüssen aus den Jahren 2018 und 2019 umgehen könnten.

1. Verkehrswende - zentrales Thema für einen wirksamen Klimaschutz

- Die neuen Tarifzonen haben den ÖPNV attraktiver gemacht
- Stabile Tarife steigern diese Attraktivität. Wir wollen keine Tarifierhöhungen, sondern eine gerechte Aufteilung des Mehraufwands auf Land, Region, Stadt Stuttgart und die vier Verbundlandkreise. Bei gutem Willen ist das zu schaffen. Die Nutzer tragen bereits über 60 % der Kosten. Das Ziel der SPD bleibt ein 365 Euro-Ticket und in ein paar Jahren werden wir uns garantiert nicht mehr streiten.
- Wir wollen die Verdichtung des Busverkehrs im ländlichen Raum unseres Kreises, noch kürzere Taktzeiten und die bessere Verknüpfung mit dem schienengebundenen Nahverkehr, also endlich ein Gesamtkonzept.

Wenn wir es gemeinsam schaffen, die Verkehrswende zum zentralen Thema eines ökologischen Landkreises zu machen, leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Wir brauchen dafür zukünftig mehr Raum für Radfahrer, für den ÖPNV und für Fußgänger. Es braucht ein neues, kluges Mobilitätskonzept. Oder mit John Maynard Keynes gesagt: 'Das Problem ist nicht die neue Idee. Das Problem ist, wie wir uns von den alten Ideen lösen können.

2. Mehr öffentlich geförderter Wohnungsbau

Bezahlbarer Wohnraum ist und bleibt eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wollen die Kreisbaugruppe wieder mehr auf ihre ursprüngliche Aufgabe, für die sie nach dem Krieg gegründet wurde, verpflichten. Deshalb schlagen wir einen zweiten Wohnbaupflicht vor. Dort sollen alle Wohnbauintiativen der Kommunen im Kreis dargestellt werden. Also: wie viel öffentlich geförderter Wohnraum gibt es im Landkreis, wie viel ist im Bau, wie viel ist geplant? Wie können wir bei unseren beiden Kliniken Wohnraum für die Beschäftigten schaffen? Wie muss dieser Wohnraum aussehen? Welche neuen Ideen gibt es? Was können wir von anderen Regionen und Städten lernen? Unser Ziel ist, die Kreisbaugruppe in die Lage zu versetzen, bis 2030 nicht nur 500, sondern 1.000 bezahlbare Wohnungen zu bauen.

3. Modellregion Wasserstofftechnologie

Wir wollen den Rems-Murr-Kreis zusammen mit der Wirtschaft, dem Land und dem Bund zu einer 'Modellregion Wasserstofftechnologie' gestalten. Der gesamte Fahrzeugpark des Kreises, die Busverkehre, die Wieslaufalbahn sind Aktionsfelder für eine solche Vision nachhaltiger Mobilität. Begleitend dazu soll eine 'Lernwerkstatt Zukunftstechnologie Wasserstoff und Brennstoffzelle' an einem beruflichen Schulzentrum im Kreis mit Unterstützung von und in Zusammenarbeit mit der Automobilindustrie entwickelt werden.

4. Pflegenotstand bis 2030 abbauen

Wir fordern einen Kreispflegegipfel, um Wege, Strukturen und Lösungen zur Vermeidung eines noch größeren Pflegenotstandes zu entwickeln. Auch im Rems-Murr-Kreis stehen wir vor einer der größten Herausforderungen unserer Gesellschaft. Es ist höchste Zeit, dass Voraussetzungen für eine gute, verlässliche und wohnortnahe Pflege in unserem Landkreis geschaffen werden. Wir müssen dringend eine Antwort auf die Frage finden, welchen Beitrag wir im Rems-Murr-Kreis dazu leisten können.

Dies allein sind bereits vier Themenfelder, in die wir Mittel aus den Haushaltsüberschüssen 2018/2019 investieren wollen und auch können. Die restlichen Mittel können dann zum Schuldenabbau, für die Rücklagenbildung und auch für die Verringerung der Kreisumlage verwendet werden.

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich noch kurz Themen ansprechen, bei deren Bewältigung wir gemeinsam, fraktionsübergreifend, ohne Blick darauf, wer gerade die Regierungen in Land und Bund bildet, zusammen mit der Verwaltung tätig werden sollten:

1. Wir brauchen dringend mehr Landesmittel für die Schulbausanierungen.
2. Wir brauchen weiterhin ein Drittel der Personalkosten pro Stelle bei der Schulsozialarbeit.
3. Wir brauchen einen Ausgleich für die aus der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes folgenden Nettomehrbelastungen. Die Landkreise dürfen nicht auf den Mehrkosten sitzen bleiben.

4. Wir brauchen die Erstattung von Ausgaben nach dem Asylbewerbergesetz und nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz von Baden-Württemberg. Schließlich muss gelten: 'Wer bestellt, bezahlt auch!'. Wir haben uns als Landkreis solidarisch gezeigt und sind in Vorleistung getreten. Nun gilt es, dass Land und Bund endlich die Kosten übernehmen, für die sie gesetzlich zuständig sind.

5. Die grün-schwarze Landesregierung wollte Anfang 2019 einen Kommunalfonds für den Wohnungsbau einrichten. Zentraler Bestandteil sollte sein, die Kommunen beim Erwerb von Flächen für den Wohnungsbau zu unterstützen. Bis heute gibt es diesen Fonds nicht. Darüber hinaus fordert die SPD eine Landesentwicklungsgesellschaft für Wohnungsbau und Quartiersentwicklung. Das Land muss endlich auch alle eigenen Flächen für den öffentlich geförderten Wohnungsbau aktivieren. Denn Wohnungsbau ist letztendlich von Flächen abhängig und wenn wir sie nicht haben, können wir auch keinen Wohnungsbau leisten.

Themen also genug, bei denen wir als Kreistag gemeinsam mit der Verwaltungsspitze tätig werden müssen.

Zum Abschluss möchte ich noch einen Appell an alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Landkreis richten: Lassen Sie uns gemeinsam einen diskriminierungsfreien Landkreis gestalten. Darum bitten wir alle ganz herzlich. Wir dürfen nicht immer nur fragen, 'woher kommst du', viel wichtiger ist zu fragen 'wohin willst du und willst du mit uns Zukunft gestalten?'.

Wir haben aktuell auch die Chance mit der jungen Generation Zukunftsfragen und Zukunftsaufgaben zu diskutieren und anzupacken. Nehmen wir sie ernst, die jungen Menschen und signalisieren wir ihr unsere Bereitschaft zur Veränderung. Gemeinsam können wir es schaffen. Ja, auf das 'Miteinander' kommt es an, wie Sie es, Herr Dr. Sigel, in Ihrer HH-Rede formuliert haben. Dazu braucht es mutige Schritte auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft.

Der aus Uruguay stammende Journalist und Schriftsteller Eduardo Galeano (1940 – 2015) hat es mal so formuliert: 'Utopia taucht am Horizont auf. Ich gehe zwei Schritte darauf zu, und es entfernt sich zwei Schritte. Ich gehe weitere zehn Schritte darauf zu, und der Horizont zieht sich zehn Schritte zurück. Soweit ich auch gehe, ich werde ihn nicht erreichen. Welchen Sinn hat dann die Utopia? Ganz einfach: dafür zu sorgen, dass wir weitergehen.'

In diesem Sinn und mit dieser Motivation freue ich mich auf eine interessante, spannende und anregende Beratung des Haushaltsentwurfs 2020 und auf viele, auch kontroverse Diskussionen mit Ihnen im Jahr 2020.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 28

Öffentlich

Der Verwaltung und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dankt die SPD-Fraktion für die gute Zusammenarbeit und ganz besonders für die große Unterstützung beim Umstieg auf das digitale Sitzungszeitalter.“

Kreisrat Lenk führt für die **FDP-FW-Fraktion** aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat, lieber Herr Dr. Sigel,
verehrter Herr Schäfer,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
Gäste und Zuhörer,

unsere Fraktion hat sich beim Betrachten des Haushaltsplans zunächst die Frage gestellt, ob der Landrat den Städten und Gemeinden mit dem Haushaltsplanentwurf für 2020 ein vorgezogenes Weihnachtsgeschenk machen wollte. Denn auch wir sind der Meinung, dass es ein sehr 'kommunal-freundlicher Haushalt' ist, der eingebracht wurde, der mit einem Kreisumlage-Hebesatz von 32,3 %-Punkten um 1,7 %-Punkte niedriger ist als im letzten Jahr und damit so niedrig wie zuletzt vor 23 Jahren im Jahr 1996 ist.

Besonders fällt ins Auge – und das wurde ja vorher schon mehrfach angesprochen - dass das aus der steigenden Steuerkraft resultierende Mehraufkommen in diesem Jahr im Verhältnis 13 % Kreis zu 87 % Kommunen aufgeteilt werden soll. Dies ist übrigens ein neuerlicher Beweis für die Absurdität der von den Bürgermeistern so hochgepriesenen 'Fifty-fifty-Regel', die jetzt eigentlich endgültig begraben werden sollte. Denn dieses Mehraufkommen, ich habe es mehrfach schon gesagt, muss jedes Jahr aufs Neue im Lichte der Einnahmen und Ausgaben des Kreises aufgeteilt werden, wobei es eben dann von Jahr zu Jahr völlig unterschiedliche Gewichtungen geben kann.

Dass man den eingebrachten Haushaltsentwurf auch anders beurteilen kann, zeigt der jüngste Brief der Bürgermeister und Oberbürgermeister. Sie sind der Meinung, dass der Landkreis einen Haushalt 'zu Lasten' der Kreiskommunen vorgelegt hat und viel besser dastehe als alle Städte und Ge-

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 29

Öffentlich

meinden. So könne der Kreis im Gegensatz zu den Kommunen ohne Probleme seine Abschreibungen voll erwirtschaften und habe die Ergebnisverbesserungen der vergangenen Jahre vollumfänglich für sich behalten.

Diese Einwendungen nehmen wir durchaus ernst, wissen doch zumindest die Gemeinderäte, sehr geehrter Herr Dr. Nopper, unter uns, welche riesigen Belastungen in den kommenden Jahren auf unsere Städte und Gemeinden bei vermutlich sinkenden Steuereinnahmen zukommen werden.

Andererseits verkennt unsere Fraktion aber auch nicht die dunklen Wolken am Horizont der Kreisfinanzen:

5 Punkte möchte ich ansprechen:

- Im Haushaltsjahr 2020 decken erstmals die Einnahmen aus der Kreisumlage nicht mehr den Nettosozialaufwand des Kreises.
- Zum Zweiten werden mit der Umsetzung des Gesamtimmobilienkonzepts in Waiblingen und den anstehenden Investitionen in die Kliniken in Winnenden und Schorndorf neue große Belastungen auf den Kreishaushalt zukommen.
- Drittens nähern wir uns bereits gegen Ende des Finanzplanungszeitraums Ende 2023 trotz Auflösung der vorhandenen Rücklagen beim Schuldenstand der bedrohlich-magischen Grenze von 100 Mio. €.
- Mit der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung drohen – viertens – zeitnah weitere Belastungen für den Kreis.
- Und wenn dann – fünftens – noch die Steuerkraft der Kommunen um z. B. 10 % zurückgehen sollte, was bei einem Konjunkturunbruch nicht gänzlich auszuschließen ist, hätte das zur Folge, dass dem Kreis von heute auf morgen 21,4 Mio. € fehlen würden.

Deshalb möchten wir trotz der nachträglich eingetretenen Verbesserungen die Kreisumlage nicht weiter senken.

Freuen wir uns vielmehr, dass es unserem Landkreis nach durchaus mageren Jahren zu Beginn des Jahrzehnts wieder bessergeht, er seine Schulden im Kernhaushalt am Ende dieses Jahres auf

rund 30 Mio. € senken konnte und er sogar noch Reserven für schlechtere Zeiten aufbauen konnte. Freuen wir uns, dass sich damit wieder politische Gestaltungs- und Investitionsmöglichkeiten aufgetan haben, von denen neben den Bürgerinnen und Bürgern auch die Kommunen im Kreis profitieren, ich bin hier ganz bei den Ausführungen von Herrn Riedel.

Anders verhält es sich bei der neuen vom Kreiskämmerer vorgeschlagenen Finanzierungsleitlinie. Hier können wir die Kritik der Kommunen durchaus nachvollziehen. Denn zukünftig sollen die Überschüsse nicht mehr zur Tilgung bereits bestehender Kreisschulden, sondern 'bis zur Höhe der geplanten Kreditaufnahme', also zur Vermeidung neuer Kreisschulden verwendet werden. Erst wenn dann noch etwas übrigbleibt, was angesichts der bevorstehenden Großprojekte eher unwahrscheinlich ist, sollen 50 % davon zur Senkung der Kreisumlage verwendet werden. Dieser Vorschlag ist in der Tat nicht ausgewogen, weshalb wir eine Überprüfung und 'Nachbesserung zu Gunsten der Kommunen' beantragen.

Lassen Sie mich jetzt in einem zweiten Teil meiner Rede auf einige Punkte im Haushalt und unserer FDP/FW-Fraktion wichtige Themen eingehen:

1. Konnexitätsprinzip oder 'Wer in Berlin oder Stuttgart Wohltaten beschließt, muss auch das Geld dafür bereitstellen'

An mehreren Stellen des Haushalts wird deutlich, dass gegen dieses Prinzip, das eigentlich für den Bund und das Land selbstverständlich sein müsste, immer noch häufig verstoßen wird. Die Zahlungsrückstände des Landes bei der Flüchtlingsunterbringung oder die zögerliche Bereitschaft des Bundes, zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes auch die notwendigen Mittel bereitzustellen, sind beste Beispiele.

Auch mit der Umsetzung der bürokratischen Pflegepersonaluntergrenzen-VO drohen uns zeitnah weitere Belastungen, die unsere Klinikleitung mit jährlich zwischen 2,9 und 3,8 Mio. € beziffert. Diese werden auf das Betriebsergebnis und das vom Kreis zu tragende Klinikdefizit durchschlagen, ohne dass bislang ein finanzieller Ausgleich von Seiten des Landes angedacht ist.

Und neues Ungemach droht, wenn zukünftig anstelle der Angehörigen verstärkt die Kommunen den Teil der Kosten für eine Heimunterbringung bezahlen müssen, die die Pflegebedürftigen selbst nicht aufbringen können.

Um diese Unsitte endlich zu beenden, sollten sich die Kommunen und Landkreise und ihre Spitzenverbände (Städtetag und Landkreistag) gemeinsam im Schulterschluss gegen das Land und den Bund positionieren und nicht länger einen Teil ihrer Energie dafür verwenden, sich gegenseitig die Butter auf dem Brot streitig zu machen. Bedenken wir doch endlich, dass Gemeinden, Städte und Landkreise in ein und demselben Boot sitzen und dieses Boot deshalb gemeinsam seetauglich halten müssen.

2. Bereich Soziales und Jugend

Es erfüllt uns mit Sorge, dass der Kostenblock für den Bereich Soziales & Jugend unter Einrechnung des dort eingesetzten Personals mit erwarteten 339 Mio. € weiter ansteigt und jetzt 67 % der gesamten Aufwendungen des Kreises ausmacht. Besonders der um 3,5 Mio. € weiter steigende Zuschussbedarf für Jugendhilfeleistungen ist offensichtlich ein Spiegelbild familiärer Probleme und eines gesellschaftlichen Werteverfalls, deren Opfer häufig Kinder und Jugendliche sind.

3. Notwendige Investitionen können vorgenommen werden

Unsere Fraktion begrüßt es, dass dringend notwendige Investitionen im Umfang von insgesamt 26,3 Mio. € u.a. in unseren Schulen, für Kreisstraßen und Radwege, für den Sozialen Wohnungsbau und für den 1. Schritt zur Umsetzung unseres Gesamtimmobilienkonzepts vorgenommen werden können. Beim Letzteren bitten wir die Zusage einzuhalten, dass die zeitliche Umsetzung notfalls gestreckt werden kann und die bislang für die Sanierung der Pagode angesetzten Kosten nochmals kritisch unter die Lupe genommen werden.

4. Unsere Kreiskliniken sind auf einem guten Weg

Die gute medizinische Leistung wird durch steigende Patientenzahlen honoriert und auch das laufende Betriebsdefizit konnte in den vergangenen Jahren deutlich gesenkt werden, so dass die von unserem Landrat ausgegebene Zielmarke von 7–10 Mio. € Defizit pro Jahr erreichbar scheint.

Was die bevorstehenden Erweiterungen in Winnenden und Sanierungen in Schorndorf betrifft, bitten wir darum, die Zuschussanträge beim Land rechtzeitig zu stellen und erst nach der Förderzusage mit dem Bau zu beginnen.

5. Der Ausbau des ÖPNV ist uns lieb und teuer

Machen wir uns nichts vor. Wir brauchen einen weiteren Ausbau unseres ÖPNV. Dazu gehören funktionierende und fahrplanmäßig mit der Bahn abgestimmte Busverkehre, die wir im Kreis auch zunehmend schaffen. Auch die VVS-Tarifreform war ein wichtiger und richtiger Schritt, den wir uns im Kreis immerhin jährlich zwischen 4 und 5 Mio. € kosten lassen. Dass wir es ernst meinen sieht man daran, dass die ÖPNV-Ausgaben des Kreises von 21,2 Mio. € im Jahr 2018 auf 28,5 Mio. € im Jahr 2020 und damit um rund ein Drittel ansteigen. Deshalb kann es nicht sein, dass die Landkreise auch noch die von Verkehrsminister Hermann gewünschte Nullrunde der VVS-Tarife 2020 mitfinanzieren. Wer das will, muss auch die Mittel dafür aufbringen – und zwar dauerhaft. Dasselbe gilt im Übrigen auch für den Antrag der SPD, was das 365-Tages-Ticket angeht.

Investieren wir lieber in die Qualität, Zuverlässigkeit und den weiteren Ausbau des ÖPNV.

6. Modellhafte Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes im Rems-Murr-Kreis

Wir freuen uns, dass wir bei der Umsetzung dieses Gesetzes zu den 30 Modellregionen gehören und wir so frühzeitig Erfahrungen sammeln können. Schön ist es, dass wir mit der Diakonie Stetten einen der größten Träger als Projektpartner gewinnen konnten. Gerade unserem Landkreis, der Sitz von namhaften Behinderteneinrichtungen ist, steht es gut an, dass die 'volle und wirksame Teilhabe von Menschen mit Behinderung an der Gesellschaft und die Einbeziehung in die Gesellschaft' pilothaft versucht wird. Im Hinblick auf den enorm ansteigenden

bürokratischen Aufwand kann man nur hoffen, dass diese verbesserte Teilhabe auch tatsächlich bei den Menschen ankommt.

In diesem Zusammenhang beantragen wir dazu einen Erfahrungsbericht nach einem Jahr sowie einen Bericht, wie es um die Umsetzung der Barrierefreiheit in Kreiseinrichtungen bestellt ist.

7. Klimaschutz und Abbau des Sanierungsrückstaus

Der aktuell auf über 46 Mio. € bezifferte Sanierungsrückstau ist nicht anders zu bewerten als Schulden. Wir beantragen die Mittel auch als Beitrag zum Klimaschutz von geplanten rund 3 auf 4 Mio. € zu erhöhen, wobei wir die zusätzlichen Mittel gerne bei den so dringend notwendigen energetischen Sanierungen wie z.B. bei den Fassaden in unseren Schulzentren eingesetzt sehen wollen, wo wir im wahrsten Sinne des Wortes immer noch in beträchtlichem Umfang zur Fassade hinausheizen.

Weil beim Thema Klimaschutz auch kleine Zeichen sensibilisieren und Anstöße bewirken können, beantragen wir, dass zukünftig sowohl Landkreismitarbeiter als auch Kreisträte bei der Fahrtkostenentschädigung nicht mehr nur mit 2 Cent, sondern mit 25 Cent pro km entschädigt werden, wenn sie mit dem Fahrrad anreisen.

8. Breitbandausbau und Digitalisierung sind existenziell für eine gute Zukunft

Deshalb müssen wir diesbezüglich unsere Anstrengungen fortsetzen und noch intensivieren. Vor allem bleibt zu hoffen, dass die Telekom der verlässliche Partner ist, für den sie sich ausgibt und bald eine flächendeckende Glasfaserversorgung im Rems-Murr-Kreis kommt.

Bei der Digitalisierung müssen wir auch unsere Schulen 'auf Vordermann bringen'. In diesem Zusammenhang begrüßen wir es, dass zusammen mit dem Kreismedienzentrum die 'Expedition' gestartet wurde und der digitale Ausbau unserer Schulen in Richtung 'Industrie 4.0' von Ihnen, sehr geehrter Herr Landrat, ganz persönlich forciert wird. Dankbar sind wir der neuen Stiftung 'Gesundheit & Bildung' der Kreissparkasse Waiblingen, dass sie u.a. auch dafür Mittel im Umfang bis zu 700.000,- € bereitstellen will.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 34

Öffentlich

Da unsere Fraktion bereits mehrfach das Thema 'Gesunder Landkreis' thematisiert hat, erwarten wir, dass dieses wichtige Zukunftsthema jetzt auch zeitnah aufgegriffen wird.

9. Den Schwung der Remstalgartenschau mitnehmen

Vor dem Hintergrund der so erfolgreichen Remstalgartenschau, der Heimattage in Winnenden und dem 40jährigen Jubiläum des Naturparks Schwäbisch-Fränkischer Wald beantragen wir die Entwicklung einer Tourismuskonzeption für unseren Kreis. Die Konzeption soll sich am Klimaschutzkonzept des Kreises orientieren und einen Handlungsplan enthalten. Ziel muss es sein, nachhaltigen Tourismus zu fördern, um so auch die wirtschaftlichen Grundlagen der in diesem Bereich aktiven Betriebe zu verbessern.

10. Ein gutes Miteinander hilft allen

Unsere Fraktion teilt ihre Auffassung, sehr geehrter Herr Landrat, dass in den zurückliegenden Jahren viel Vertrauen zwischen den politischen Akteuren an Rems und Murr gewachsen ist.

Das gilt sowohl im Verhältnis zwischen den Kommunen und dem Landkreis, aber auch für die Zuschüttung der durch die Klinikentscheidungen aufgerissenen Gräben zwischen dem Altkreis Backnang und dem restlichen Kreis.

Auch im Landratsamt und in den Beteiligungsgesellschaften ist eine gewisse Aufbruchsstimmung zu spüren, die sich in den Begegnungen mit motivierten Mitarbeitern zeigt, denen wir an dieser Stelle ausdrücklich danken möchten.

Mit Ihrer offenen, transparenten und teamorientierten Art haben Sie, sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel, viel zu diesem Klimawandel der besonderen Art beigetragen. Dafür möchte sich unsere FDP/FW-Fraktion auch heute herzlich bei Ihnen bedanken.

Bewahren wir uns dieses gute Klima auch in ggf. einmal schwierigeren Zeiten. Wir werden alle davon profitieren; davon bin ich überzeugt.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 35

Öffentlich

Abschließend bedanken auch wir uns beim gesamten vom Finanzdezernenten Schäfer angeführten Team mit Frau Kugler, Frau Maier und Frau Scholze für die Aufstellung und Erläuterung des Haushaltsplans.

Uns allen wünsche ich gute und zielführende Haushaltsberatungen.“

Kreisrat Throm erklärt für die **AfD-Fraktion**:

„Sehr geehrter Herr Landrat,
werte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

‘Offenheit verdient immer Anerkennung’, so sagte Otto v. Bismarck im Jahre 1849 bei einer Rede vor der preußischen Kammer. Offenheit weiß auch die AfD-Fraktion zu schätzen – in den Beratungen des Kreistags und der Ausschüsse, im Haushaltsentwurf und in den Fraktionsgesprächen vor den Haushaltsberatungen. Wir hatten nie den Eindruck, der Landrat, der Kreiskämmerer oder irgendjemand aus der Kreisverwaltung wollten etwas verheimlichen. Das ist heute bei Finanzdezernent Schäfer und das war auch in früheren Jahren unter Herrn Geißler der Fall. Es gibt also eine gemeinsame Fakten-grundlage. Bei der Bewertung dieser Fakten ergeben sich im Einzelnen aber durchaus Unterschiede.

Für uns stellt sich der Rems-Murr-Kreis mit einem Etat, der zu zwei Dritteln Sozialkosten (einschließlich des Personals in diesem Bereich) umfasst, wie eine große Umverteilungsmaschine dar. Und das bei niedriger Arbeitslosigkeit. Wohin soll das noch führen, zumal in schlechteren Zeiten? Erstmals seit 2012 (ausweislich Zahlen der Kreisverwaltung), also auf dem Höhepunkt der Staatsschuldenkrise, würde der Nettosozialaufwand, für den der Kreis geradezustehen hat, nicht mehr durch die Kreisumlage in der vorgesehenen Höhe gedeckt. 1974 umfasste die Kreisumlage des neu gegründeten Rems-Murr-Kreises noch das Anderthalbfache (145 %) des Nettosozialaufwands, und das obwohl die Kreisumlagehebesätze in den 70er Jahren um ein Drittel niedriger lagen als heute.

Es gibt aktuell zahlreiche Kostentreiber im Sozialbereich. Einer davon ist migrationsbedingt. Der damalige Daimler-Chef Dieter Zetsche meinte 2015 noch, der Zustrom von Flüchtlingen könne die Grundlage für ein neues Wirtschaftswunder werden. Vier Jahre später sehen wir die bittere Realität, dass die meisten Asylantragsteller Nettotransferempfänger sind. Umso wichtiger ist es, darauf zu bestehen, dass die Kosten für eigentlich ausreisepflichtige Migranten, die sogenannten Geduldeten, vollständig vom Land übernommen werden. Man kann den Menschen nicht vorwerfen, dass sie ihrer Ausreisepflicht nicht nachkommen. Wir würden es an ihrer Stelle vielleicht genauso wenig tun. Es ist ja eine Entscheidung, die auf Bundes- und Länderebene getroffen wurde, dass trotz aufwändigem und teurem Asylverfahren faktisch nahezu alle bleiben können, unabhängig davon, ob sie einen Schutzstatus erhalten oder nicht. Wer bestellt, zahlt! Darauf müssen die Landkreise bestehen. Herr Landrat, bleiben Sie hier bitte mit ihren Kollegen, mit dem Landkreistag, unnachgiebig.

Große Herausforderungen für die Landkreise beinhaltet auch das Bundesteilhabegesetz. Im Zuge dessen benötigt das Sozialamt neue Mitarbeiter. Wir hoffen, dass es hier tatsächlich eine hundertprozentige Gegenfinanzierung vonseiten des Landes gibt. Mit noch weiteren Personalzuwächsen kommt das Kreissozialamt auf ein Mehr an Vollzeitäquivalenten von einem Fünftel, von einem Jahr auf das nächste wohl gemerkt! Wir hätten erwartet, dass solche Zuwächse an anderer Stelle möglichst kompensiert werden. Während wir heute in der Industrie erleben, dass es auch zu einem Stellenabbau kommen kann, geht der Personalaufbau beim Kreis immer weiter – mal mehr, mal weniger schnell. Wenn man die mehr als 50 Stellen, die im Zuge der Forstreform ausgegliedert werden, in Rechnung stellt, dann haben wir auch im nächsten Jahr 30 Stellen mehr, selbst nach Abzug der KW- (also künftig wegfallenden) Stellen.

Dementsprechend ist die Personalkostenentwicklung: Im Vergleich zu 2013 sind die Aufwendungen um 42 Prozent gestiegen. Dass hier wohlverdiente Tarifsteigerungen für die guten und qualifizierten Mitarbeiter der Kreisverwaltung einen wesentlichen Anteil haben, soll dabei gar nicht bestritten werden. An dieser Stelle sei ihnen Dank und Anerkennung ausgesprochen. Aber in manchem privatwirtschaftlichen Unternehmen wäre ein Zuwachs bei den Personalkosten um mehr als zwei Fünftel innerhalb weniger Jahre ein Alarmsignal. Darüber sollte man einmal nachdenken.

So ganz schlecht kann die Besoldung im öffentlichen Dienst des Kreises und können auch die Arbeitsbedingungen nicht sein, wenn die Verwaltung im laufenden Jahr nicht einmal die selbst aufer-

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 37

Öffentlich

legte globale Minderaufwendung zu realisieren in der Lage war, weil freie Stellen unerwartet schnell besetzt werden konnten, und das trotz leer gefegtem Arbeitsmarkt.

Nun ist es aus Sicht der Verwaltung natürlich schlüssig und somit auch nicht zu beanstanden, möglichst viele, möglichst gut bezahlte Mitarbeiter zu beschäftigen. Wir als Kreisräte sollten aber als Vertreter der Steuerzahler eine andere Perspektive haben und hier nicht einfach alles durchwinken, wie es leider immer wieder geschieht.

Die Verschuldung im Kernhaushalt ist in der letzten Zeit deutlich zurückgefahren worden. So erfreulich dies ist, kann es nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Schulden bei den Eigen- und Beteiligungsgesellschaften hoch sind und tendenziell weiter ansteigen. Zu unseren Rems-Murr-Kliniken und dem erfolgreichen Sanierungskonzept haben wir uns immer bekannt und tun dies weiterhin. Mit Sorge sehen wir aber die Entwicklung bei der Kreisbaugruppe, vor allem bei der Kreisbaugesellschaft. Mit der Forcierung des sozialen Wohnungsbaus durch den Kreis werden hier Lasten und Risiken übernommen, weil man sich an der Lösung von Problemen versucht, für die man nicht zuständig ist, und wo man doch nur an Symptomen herumkurieren kann.

Migrationsbedingt steigt die Nachfrage nach Wohnraum, und die Geldflut der EZB treibt die Inflation im Immobilienbereich immer weiter an. Ein Landkreis verhebt sich an der Aufgabe, dies auch nur zu einem Teil ausgleichen zu wollen.

Meine Damen und Herren,

gebaut werden sollen nicht nur Wohnungen, sondern ebenso Verwaltungsgebäude in Waiblingen. Das belastet auch den Kernhaushalt wieder, die Verschuldung wird bis 2029 um ein Vielfaches steigen. Die Übernahme des Bauprojekts in der Rötestraße ist vernünftig, weshalb wir sie auch unterstützen. Aber lassen Sie uns doch noch etwas warten mit dem Neubau am Alten Postplatz. Noch haben wir den überbeuerten Neubau des Kreiskrankenhauses Winnenden nicht verkraftet, da sollten wir nicht zwei große Verwaltungsbauten praktisch zugleich realisieren. In diesem Sinne haben wir einen entsprechenden Antrag eingebracht. Im Übrigen widerspricht es auch Micro- und makroökonomischen Einsichten, einen Großteil des Immobilienkonzepts in der teuren Phase der noch anhaltenden Hochkonjunktur am Bau zu verwirklichen.

Die Industrie befindet sich bereits in der Rezession, die sukzessive auf die gesamte Volkswirtschaft überzugreifen droht. Allenthalben wird die Devise ausgegeben, die 'Party' gehe zu Ende und damit wird auch für die öffentlichen Haushalte die Lage schwieriger. Der Sozialaufwand wird noch weiter steigen und die Steuerkraft der Gemeinden wird durch fallende Gewerbesteuereinnahmen geschmälert. Sollte die Blase im Immobilienbereich platzen, werden die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer sinken. Wir müssen schon heute in Erwartung schwierigerer Zeiten die knapper werdenden Ressourcen dort einsetzen, wo dies am meisten Sinn ergibt. Dazu gehören unsere maroden Kreisstraßen. Die vorgesehene Verteilung der Mittel im Verhältnis zwischen Straßen und Radwegen (drei zu eins in etwa) erscheinen uns nicht angemessen, weshalb wir eine halbe Million mehr für die Straßen beantragen.

Den Radwegebau unterstützen wir, schon aus Gründen der Verkehrssicherheit, aber eine neue Straße für Radfahrer, Radschnellweg genannt, zählt für uns nicht zu den sinnvollen Projekten. Landesförderung hin oder her – warum fragt eigentlich niemand bei vier Meter Breite und womöglich noch einem zweieinhalb Meter breiten Fußweg daneben nach Flächenfraß durch Versiegelung, und dort, wo neu gebaut werden müsste, was geschieht mit dem Kraftfahrzeugverkehr, wenn Straßen umgewidmet werden? Die vorgesehenen 100.000 Euro sehen wir bei der Sanierung bestehender Straßen besser angelegt.

Wirksame Umweltschutzmaßnahmen finden unsere Unterstützung. Die Erweiterung des Fuhrparks der Verwaltung, für die 200.000 Euro angesetzt sind, können wir nicht dazu zählen. Erstens sind die umweltfreundlichsten Autos diejenigen, die es gar nicht gibt. Und zweitens sollte man erst einmal Erfahrungen mit den bisher angeschafften Fahrzeugen sammeln, mit den Betriebskosten, mit dem Fuhrparkmanagement, und diese Erfahrungen bewerten. Eine gründliche Kosten-Nutzen-Analyse wäre hektischem Aktionismus jedenfalls vorzuziehen.

Seit Jahren ein Paradebeispiel für Geldverschwendung unter dem Deckmantel des Umweltschutzes sind die 'Stromsparchecker'. 500 Euro für eine Beratung sind ein gutes Geschäft für die Berater, aber ein schlechtes für die Steuerzahler. Wir legen auch dieses Jahr wieder den Finger in die Wunde.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 39

Öffentlich

Gut angelegt ist Steuergeld dagegen bei der Schülerbeförderung. Dies und nicht eine Nullrunde bei den Fahrpreisen im nächsten Jahr sollte uns beim öffentlichen Personennahverkehr bewegen. Wir verstehen den Zorn der Demonstranten in Plüderhausen vor der letzten Kreistagssitzung. Wenn Schüler als zahlende Kunden nicht auf zumutbare Weise in die Schule oder nach Hause kommen, ist dies mehr als nur ein Ärgernis. Es kostet wertvolle Zeit und das ist auch für Schüler eine knappe Ressource und es schwächt langfristig den ländlichen Raum, der immer weiter ausblutet.

Eine gute ÖPNV Anbindung stärkt den ländlichen Raum, sie hält die Menschen vom Wegzug ab. Wir beantragen daher, dass der Landkreis umgehend prüft, ob die Wartezeiten der Schülerbeförderungssatzung entsprechen und ob es darüber hinaus Handlungsbedarf gibt, sodass Missstände umgehend abgestellt werden können. Es wäre dringender als Fahrradanhänger am Waldbus und so weiter.

Zum Schluss noch eine ausdrückliche Zustimmung der AfD-Fraktion zum Vorschlag der Verwaltung, die Höhe des Kreisumlagehebesatzes bei 32,3 Prozent festzulegen. Wir glauben, dass dieser Wert dem Grundsatz kaufmännischer Vorsicht entspricht. Auf diese Weise werden zudem Mehrerträge außerordentlich fair zwischen den 31 Gemeinden und dem Kreis aufgeteilt und deshalb sollte der Vorschlag auch so beschlossen werden.

Wir danken allen beteiligten für den sachorientierten Verlauf der bisherigen Haushaltsberatungen und hoffen, dass sich dies in den Ausschüssen fortsetzen wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Kreisrat Dr. Borkowski von **DIE LINKE** nimmt wie folgt Stellung:

„Geehrte Kreistagskolleg/inn/en,
geehrte Gäste,

ich will mich hier und heute für unsere Kreistagsgruppe auf die Wohnbaupolitik des Landkreises beschränken:

Vorneweg: Wir begrüßen die Wohnbauoffensive des Landkreises, die mit Millionen Euro signalisiert, dass die Wohnungsnot als Aufgabe des Landkreises angekommen ist. Für viele Bürgerinnen und Bürger existiert diese Not nämlich noch immer täglich und ganz real. Wir sind froh, dass es in unserem Landkreis noch eine öffentliche Wohnbaugesellschaft gibt, dass sie Mietwohnungen baut, darunter auch solche mit reduzierten Mieten nur leider zu wenige aus unserer Sicht.

Es ist kritisch festzustellen, dass 500 zusätzliche Mietwohnungen in zehn Jahren nur einen Tropfen auf den heißen Stein der Wohnungsnot sind. Vergleichen Sie mal bitte die Wohnbauaktivität der letzten Jahre. Vor einigen Jahren wurden im Landkreis ganz ohne Wohnbauoffensive und jedes Jahr nicht 200, sondern 2000 Wohnungen neu gebaut. Das ist alleine schon der natürliche Substanzwechsel im Wohnungsbestand. Jetzt sind es leider nur noch etwa 1000, davon die Hälfte Eigentumswohnungen oder Einfamilienhäuser.

Die Fellbacher Zeitung hat neulich versucht, die Anzahl öffentlich geforderter Sozialwohnungen im Kreis zu ermitteln. Das ist ihr nicht gelungen. Dies spricht, glaube ich, nicht gerade für einen Überblick der Verantwortlichen über die Situation.

Wir schätzen die Zahl der Sozialwohnungen höchstens auf 1000 im ganzen Landkreis.

Es gibt im Landkreis aber allein schon 10.000 Haushalte, die auf Sozialleistungen aller Art angewiesen sind, mehr als 10.000.

Diese Mitbürger/innen können höchstens Mieten in der Größenordnung von etwa 5 Euro/ qm bezahlen und wie Sie alle wissen, liegen die realen Mieten auf dem Markt beim doppelten und zwar auch bei unserer Wohnbaugesellschaft. Bund und Landkreis bringen die Differenz zwischen diesen beiden Preisen jedes Jahr mit 50 Mio. Euro (!) auf.

Es wäre sicher sozial und finanziell nachhaltiger, wenn wir uns 10.000 oder 20.000 öffentliche Sozialwohnungen mit unbefristeter Mietbindung im Kreis gönnen würden! Da sollte der Landkreis nach unserer Ansicht auf längere Sicht hin, nicht nur mit der Kreisbau als Bauherr, sondern auch als Koordinator für die Kommunen im Landkreis und als Wadenbeisser der Landesregierung.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 41

Öffentlich

Wie fühlt man sich, wenn man ständig Angst vor der nächsten Mieterhöhung haben muss?

Dieses Problem wird glaube ich, krass unterschätzt. In unserem Haushaltsplan steht, dass wir mit 3000 Anträgen auf Wohngeld rechnen. Aber wenn Sie sich mal verdeutlichen, wie viel Leute das Recht hätten, einen solchen Antrag zu stellen, dann wären Sie erschrocken sein. Es geht mindestens um 10.000 wahrscheinlich an die 100.000 Haushalte im Landkreis.

Sorgen dieser Art, sind das Hauptproblem das wir haben, wenn wir uns auf die politischen Umwälzungen der letzten Jahre ein bisschen einstellen. Die letzten Landtagswahlen im Osten der Republik sollten uns da genug Warnung sein.

Daher haben wir für den kommenden Jahreshaushalt beantragt, die Mittel für den öffentlichen Wohnbau aus dem guten Ergebnis des diesjährigen Haushalts noch einmal aufzustocken. Das Nähere entnehmen Sie dem schriftlichen Antrag.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit und der Verwaltung danke ich ganz herzlich für ein Jahr guter Arbeit.“

Kreisrat Bezler von der **ÖDP** nimmt wie folgt Stellung:

„Lieber Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Damen und Herren,
liebe Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

wir haben vor allem im letzten Jahr zweifelsfrei einige ökologische Verbesserungen im Bereich des ÖPNV und im Bereich regionaler und biologisch angebaute Lebensmittel erzielt. Auch sollen in Zukunft die Kreisgebäude CO₂-Neutral oder zumindest CO₂-Reduziert unterhalten werden. Es gelingt uns aber bei weitem noch nicht, unseren ökologischen Fußabdruck auf ein lebenserhaltendes Maß zu reduzieren und unsere eigenen Klimaschutzziele zu erreichen. Gemeinsam müssen wir uns dafür noch weiter und viel mehr anstrengen.

E-Mobilität macht im Bereich des Nahverkehrs Sinn, benötigt jedoch zusätzlichen Strom, welcher zu 100 % aus regenerativer Produktion stammen sollte. Äußerst kritisch zu sehen sind dabei die geplante Vernetzung aller Dinge und die Einführung von 5G, da sich dadurch der Stromverbrauch für Kommunikation verdreifachen und somit 30 % des gesamten Stromverbrauchs ausmachen und außerdem eine horrende, erhöhte Strahlenbelastung auf uns zukommen würde.

Bedenken sollten wir auch, dass jedes digitale Bauteil die seltenen Erden benötigt, deren Abbau schon heute große Naturzerstörung hinterlässt. Sorgen wir für ein Wirtschaftswachstum, das nachhaltig und sozial ist, unsere Erde schont und so dem Weltfrieden dient.

Damit die Energiewende im Rems-Murr-Kreis gelingen kann, benötigen wir mehr Solarstrom, welcher sich noch nie so effizient wie heute generieren lässt und trotzdem bei weitem noch nicht ausreichend zur Verfügung steht. Während Flächen für Windkraft Mangel sind, stehen für Photovoltaikanlagen noch mehr als genügend freie Dachflächen zur Verfügung. Zudem können Mietern die Vorteile von Balkonkraftwerken nähergebracht werden. Wir benötigen eine Solaroffensive und beantragen hierfür ein 1.000-Dächer-Programm, bei dem jede neue Solaranlage mit 1.000 Euro gefördert wird.

Mit zwei Haushaltsanträgen unterstützen wir ausdrücklich die Förderung des Radfahrens inklusive eines Verkehrsübungsplatzes und dies nicht nur aus ökologischen Gründen. Inzwischen sind Kinder und Erwachsene zunehmend koordinativ und mental nicht mehr in der Lage, sicher mit dem Rad im Verkehr teilzunehmen. Wir beantragen die Verdoppelung der von der Verwaltung vorgesehenen Förderung im Bereich Radwege. Für die sogenannte 'Letzte Meile' bietet sich das Rad optimal an, weshalb wir den Ausbau von Regio-Rad-Stationen unterstützen.

Mit zwei Haushaltsanträgen möchten wir mehr Menschen am ÖPNV teilnehmen lassen. Einführung eines 365-Euro-Tickets für den Landkreis und den VVS und kostenlose Mitnahme von Kindern unter 15 Jahren auf Erwachsenentickets, wie sich dies bei der Deutschen Bahn bisher schon bewährt hat.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 43

Öffentlich

Die Bemühungen um mehr Wirtschaftlichkeit und um ein hohes Maß an qualitativer Krankenhausmedizin unserer Rems-Murr-Kliniken waren und sind immens. Trotz der noch anhaltenden finanziellen Defizite halten wir es als medizinisch und ökologisch notwendig, auch hier Naturheilkunde mit einer eigenen Abteilung als festen Bestandteil zu etablieren, wie sich dies in anderen Kliniken bewährt hat.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung der Kliniken sowie Lehrer und Schüler in den Schulen sind zunehmend neuen Technologien ausgesetzt. Diese Technologien bergen auch neue Gefahren. WLAN arbeitet laut einer Auswertung von über 100 Studien* auf einer besonders gesundheitsschädlichen Funkfrequenz. Wir beantragen die Umrüstung auf Lifi, also auf lichtbasierte Kommunikation. Ebenso beantragen wir die regelmäßige Überprüfung von LED-Leuchtmitteln mit einem Flicker-Messgerät, um gesundheitlichen Schäden wie Makuladegeneration u. a. vorzubeugen.

Unseren schriftlichen Anträgen entnehmen Sie bitte die Details. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Kreisrätin Wilhelm von der **Gruppe Wilhelm/Klinghoffer** nimmt wie folgt Stellung

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Anwesende!

Wir, unsere Gruppe Charlotte Klinghoffer und ich leben sehr gerne in unserem Landkreis. Dies ist unsere Heimat. Herbert Grönemeyer singt 'Heimat ist ein Gefühl', für uns kommt zu diesem Heimatgefühl ein Gesicht unseres lebens- und lebenswerten Landkreises, der jetzt deutlich sichtbar die Kreisgrenze mit 'Willkommen im Rems-Murr-Kreis' schmückt. Wir beide, Charlotte und ich, sind stolz darauf, gemeinsam mit der Verwaltung und mit Ihnen liebe Kolleginnen und Kollegen, die Geschichte der über 427.000 Kreisbürger für die kommenden 5 Jahre mitgestalten zu dürfen.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 44

Öffentlich

Wir stehen vor großen Herausforderungen, vielleicht sogar vor der größten gesellschaftlichen Transformation überhaupt? Was sind die Megatrends in der globalisierten Welt, mit denen wir uns in Kommune und Kreis beschäftigen müssen? Vorrangig: Klimaschutz, Mobilität und Digitalisierung.

Zum ersten Mal liegt uns ein Kreishaushalt und digitaler Form vor. Das zeigt die Gleichzeitigkeit und die Dynamik der Veränderungen. Weg vom bewährten Papier, hin zu Ressourcen schonendem ganz neuem Arbeitsgefühl im Kreisräteleben. Eine Herausforderung! Vielen Dank an Frau Thamm und allen die beteiligt waren. Im Haushalt steht zu lesen: Die Höhe der Kreisumlage hängt stark von den kontinuierlich steigenden Leistungsverpflichtungen, vor allem für Sozial- und Jugendhilfe, sowie für den ÖPNV ab.

Damit sind wir mitten drin im Thema Verkehr!

Freiheit braucht die Mobilität - titelt die BILD Zeitung bei der Verleihung des Goldenen Lenkrads! Wir brauchen Konzepte für eine nachhaltige Mobilität, in der das Auto weiter eine Rolle spielen muss.

Mit drei S-Bahnlinien ist der Rems-Murr Kreis in das S-Bahnnetz eingebettet. Die Tarifzonenreform, statt 50 Tarifzonen gibt es jetzt nur noch 5 Ringzonen im VVS Netz. Das hat der Fahrgastentwicklung einen deutlichen Schub verliehen.

Diese Tarifzonenreform ist im April dieses Jahres in Kraft getreten, nebenbei aus meiner Sicht trotzdem nicht der genügend weite Sprung, sie hat dazu geführt, dass der VVS trotz mehr Fahrten weniger Geld eingenommen hat. Jetzt steht die Forderung im Raum, eine Tarifnullrunde zu fahren. Also keine Tarifierhöhungen für Fahrgäste, sondern eine erneute, dauerhafte Kostenbeteiligung für die Landkreise. Dies mit dem Versprechen einer Kostenbeteiligung von Land und Landeshauptstadt im Verhältnis 45 zu 55%. Versprochen wird uns, den vier Landkreisen in der Region, eine dauerhafte Mitfinanzierung. Zahlen müssten die Landkreise dann 2,84 Mio. Euro zusätzlich zu den Kosten von 4 Mio. für die Tarifzonenreform.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, großzügige Geschenke sind wie Mitgiftjäger - pass auf was an dir hängen bleibt. Solange nicht auf allen S Bahnlinien und damit weise ich auch ausdrücklich die S 4 hin, im Viertelstundentakt gefahren wird, solange unzureichende Fahrgastinformationen und Wei-

chenstörungen an der Tagesordnung sind, gibt es andere Hausaufgaben. Die Anbindung von Stuttgart mit der S 3 über Backnang nach Kirchberg dauert wegen unzureichender Anschlüsse 27 Minuten länger und in der Nacht fahren die S-Bahnen ab 20 Uhr im Stundentakt - hier braucht es eine zeitgemäße verkehrliche Anbindung.

Die Müllgebühren bleiben stabil - das ist die gute Nachricht für 2020 und für einen sauberen Rems-Murr Kreis. In regelmäßigen Abständen wird verlässlich abgekartt was übrig ist und entsorgt werden muss. Der Verkauf von Müllmarken muss weiterhin traditionell vor Ort möglich bleiben. In Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung lösen sich alte Strukturen auf. Die Dynamik des Wandels überfordert viele Menschen. Das setzt große Teile der Gesellschaft einem permanenten Stress aus, nichts ist mehr gewohnt. Daher halten wir am traditionellen Verkauf von Müllmarken, bei Tante Emma, Inter-sport oder wo auch immer im Kreis für eine wertvolle Konstante.

In der VUCA Welt, den vermeintlichen Merkmalen der modernen Welt, geht es um eine fluide Gesellschaft, in der sich alles Stabile verflüssigt. Individualität löst Standard ab. In einer VUCA Welt geht es vor allem darum, Zukunft vor auszudenken und mit zeitgemäßen Lösungen das Miteinander in Lebensräumen zu stärken.

Das wollen wir mit unseren Anträgen angehen wie

1. Schwimmkurse für Kinder! Tragen wir gemeinsam die Verantwortung dafür, dass jedes kleine Rems-Murr Bürgerle im Wasser schwimmen kann.
2. Das Fahrrad ist das neue Auto! Lassen Sie uns vermarkten, dass alle bisherigen und neuen E Biker und Bikerinnen über Sicherheitstraining wie z.B. 'Fit for E Bike' Bescheid wissen. Und vor allem, dass diese Unterweisungen auch in der Fläche des Rems-Murr-Kreises angeboten werden und stattfinden können.
3. Zum Thema Radweg gilt es die bestehenden Fördertöpfe - wie bereits bisher gekonnt bewiesen - weiter abzugreifen. Daher stellen wir den Antrag die Fahrradmobilität zur Weiterentwicklung des Radwegenetzes weiter zu verstetigen und die Mittel um 300.000 Euro aufzustocken.
4. Uns interessiert, wie das 'Starke Familien Gesetz', antragsmäßig das größte Bürokratiemonster in der Geschichte des Bundes von unseren Bürgerinnen und Bürgern im Kreis in Anspruch genommen wird und erbitten einen Bericht im Sozialausschuss.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 46

Öffentlich

5. Unsere Vorschläge für die Rems-Murr-Kliniken bitten wir bei der Klausurtagung im kommenden Jahr mit auf die Tagesordnung zu nehmen.

Wir tragen die Höhe der vorgeschlagenen Kreisumlage auf 32,3 % mit.

Die Zeit läuft, an dieser Stelle bedanken wir uns bei Ihnen Herr Landrat Dr. Sigel stellvertretend und Ihrem gesamten und bewährten Team für die Erstellung dieses umfangreichen, neu digital lesbaren Haushaltes! Wir danken ihnen für eine modern aufgestellte Verwaltung, einer Verwaltung mit Gesicht, die jetzt auch sympathisch präsentiert auf Baustellenbeschilderungen. Eine große Leistung ist die in Backnang aufgebaute Verwaltungsakademie. Wir danken für eine Verwaltung die sich nicht hinter dicken Bürotüren verschanzt, sondern die persönlich, digital und mobil erreichbar ist und ein freundliches Gesicht zeigt.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.“

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 47

Öffentlich

§ 2

Gebührenkalkulation und Abfallwirtschaftssatzung 2020/2021

Drucksache 2019/041/1

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag weist den Verwaltungsrat der Abfallwirtschaft Rems-Murr AöR (AWRM) gemäß § 9 Abs. 2 lit. a und lit. c der Anstaltssatzung der AWRM an, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der dargestellten Zuführung der Rückstellungen und der Berechnung der Nachsorgekosten von Abfallentsorgungseinrichtungen, einschließlich des Berechnungsverfahrens der kalkulatorischen Zinsen und der Abschreibung wird zugestimmt.
2. Der dargestellten Gesamtkalkulation der Abfallwirtschaftsgebühren für die Jahre 2020/2021, einschließlich der vorgeschlagenen Ermessensentscheidungen, wird zugestimmt.
3. Die als Anlage 1 beigefügte Neufassung der Abfallwirtschaftssatzung wird beschlossen.

Auszüge:

1 Abfallwirtschaft Rems-Murr AöR (AWRM)

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

§ 3VerschiedenesDrucksache

Erster Landesbeamter Dr. Zaar erläutert den aktuellen Sachstand zum Insolvenzverfahren der Firma Knauss und führt aus, die VVS-Verbundlandkreise hätten in den letzten Jahren viel dafür getan, im Rahmen der geltenden Gesetze möglichst mittelstandfreundliche Vergaben im ÖPNV auszugestalten. Aus Sicht der Landkreisverwaltung sei dies insgesamt auch gelungen. Der Anteil der Verkehrsleistungen im VVS Gebiet, die von mittelständigen Verkehrsunternehmen erbracht wurden, seien seit 2005, dem Beginn der ersten Vergaberunde, deutlich gestiegen. Umso bedauerlicher sei die Entwicklung bei der Firma Knauss, insbesondere für die Mitarbeiter, die seit Jahren den Verkehr wirklich sehr zuverlässig erbringen würden.

Seit Beantragung des Insolvenzverfahrens, habe man die Interessen der Fahrgäste und der Mitarbeitenden immer im Blick gehabt. Oberste Priorität der Landkreisverwaltung sei, den öffentlichen Personennahverkehr lückenlos sicher zu stellen. Beispielweise habe der Landkreis mit einer Einmalzahlung im Sommer bereits dafür gesorgt, dass die Verkehrsleistungen bis Ende Januar aufrechterhalten werden können.

Die Insolvenzverwalterin von Knauss habe nun mitgeteilt, den mit dem Rems-Murr-Kreis abgeschlossenen Verkehrsvertrag zu kündigen und die Verkehrsleistungen zum 31. Januar 2020 zu beenden. Man sei zwar bereit, auch darüber hinaus weiter zu fahren, was aber nur möglich sei, wenn der Landkreis seine Zuzahlungen deutlich erhöhe. Da man sich jedoch in einer Wettbewerbswelt befinde, strebe das Landratsamt schnellstmöglich eine europaweite Vergabe an, die idealer Weise bereits im September 2020 ihren Betrieb aufnehmen solle.

Herr Dr. Zaar erklärt, es stelle sich bis dahin die Frage, wer die Verkehrsleistungen zwischen dem 1. Februar und dem 31. August 2020 erbringe. Nachdem ihm die anderen hiesigen Verkehrsunternehmen signalisiert hätten, dass sie hieran interessiert seien, habe er ein sogenanntes eingeschränktes Vergabeverfahren eingeleitet. Es seien sechs Firmen eingeladen worden, ein Angebot abzugeben. Hierzu gehöre unter anderem auch die Firma Knauss. Die Abgabefrist ende am

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 49

Öffentlich

19.11.2019. Danach würden die Angebote ausgewertet und ein Zuschlag erteilt. Innerhalb der wettbewerblichen Vorgaben versuche man einen guten Rahmen zu schaffen in dem die Unternehmen versuchen müssten, zum Zuge zu kommen. Auch der Firma Knauß sei so die Möglichkeit gegeben worden.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 18.11.2019

Seite 50

Öffentlich

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert